

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt



GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 7. AUGUST 2019, NR. 181 · 1,80 EURO (DE), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Blockend

Reichstagsbrand: Das Rückzugsgefecht der heutigen Vertreter der Alleintäterthese hat begonnen

3

Lockend

Hybridautos sind längst nicht so umweltfreundlich, wie Politiker und Industrielle gern behaupten

5

Rockend

Slayer, Rollins, Meshuggah und die 16 Kaufland-Kassen: Rückblick aufs 30. Wacken Open Air

11

Trotzend

Kunst zwischen Vernunft und Verklärung. Zum 50. Todestag Adornos. Von Elvira Seiwert

12

Caracas im Würgegriff

US-Präsident Donald Trump verschärft Blockade gegen Venezuela. Sogar Nordamerikanern droht Enteignung. Cyberangriffe gegen Streitkräfte. **Von André Scheer**

Die USA verschärfen ihren Wirtschaftskrieg gegen Venezuela weiter. US-Präsident Donald Trump ordnete am Montagabend (Ortszeit) per Dekret an, alle Vermögenswerte der venezolanischen Regierung und nachgeordneter Einrichtungen in den USA einzufrieren. Das Embargo bezieht sich ausdrücklich auch auf alle Mittel venezolanischer Herkunft, die in den Besitz oder unter die Kontrolle von US-Bürgern kommen. Damit droht de facto jedem, der sich auf ein Geschäft mit Einrichtungen aus Venezuela einlässt, die Enteignung durch die eigene Regierung. Betroffen sind zudem auch Güter, die künftig in den USA eintreffen. Theoretisch könnte das sogar Maschinen der staatlichen venezolanischen Fluggesellschaft Conviasa treffen, wenn diese den Luftraum der Vereinigten Staaten passieren. Das Dekret verbietet außerdem Ausländern die Einreise in die USA, wenn sie der venezolanischen Regierung finanzielle, materielle oder technologische Unterstützung gewährt haben oder mit den vom US-Finanzministerium mit Sanktionen belegten Personen zusammengearbeitet haben.

Wie die peruanische Tageszeitung *El Espectador* am Dienstag analysierte, ähnelt diese Blockade denen, die Washington seit mehr als einem halben Jahrhundert gegen Kuba, in den 1980er Jahren gegen das sandinistische Nicaragua sowie 1988 im Vorfeld der Militärintervention gegen Panama verhängt hatte. Venezuelas Regierung warf den USA in einem offiziellen Kommuniqué vor, durch die verschärfte Aggression den auf Vermittlung Norwegens in Barbados laufenden Dialog mit der Opposition zum Scheitern bringen zu wollen. Das werde nicht gelingen. Man werde sich für ein Abkommen einsetzen, »um



US-Präsident Donald Trump (hier am 18. Februar in Florida) lässt den Wirtschaftskrieg gegen Venezuela eskalieren

unsere Demokratie weiter zu stärken und das Recht des Volkes zu garantieren, im Frieden zu leben«.

Bereits die in den vergangenen Monaten gegen das südamerikanische Land verhängten Sanktionen hatten dramatische Auswirkungen gehabt. US-amerikanische Unternehmen, aber auch in Nordamerika aktive Firmen aus Drittländern brachen ihre Beziehungen zu Caracas ab. Vor allem internationale Banken verweigerten Venezuela grenzüberschreitende Finanztransaktionen – und verhinderten so den Erwerb dringend benötigter Importwaren, etwa von Lebensmitteln und medizinischen Produkten. Zudem beschlag-

nahmte Washington das in den USA aktive Erdölunternehmen Citgo, eine Tochter des venezolanischen Staatskonzerns PDVSA. Aus dessen Einnahmen hatte Caracas jedoch medizinische Programme bezahlt, die so nicht mehr aufrechterhalten werden konnten. Außenminister Jorge Arreaza machte die USA deshalb schon im April für den Tod von Kindern verantwortlich.

Doch Washington destabilisiert das südamerikanische Land weiter. So berichteten die venezolanischen Streitkräfte in den vergangenen Wochen wiederholt über die Verletzung des von ihnen kontrollierten Luftraums durch US-Spionageflugzeuge. Caracas macht

Washington auch für die Sabotage der Energieversorgung verantwortlich, durch die es in den vergangenen Monaten immer wieder zu Stromausfällen kam. Und am Montag meldete das auf Internetsicherheit spezialisierte Unternehmen Eset, dass seine Experten noch laufende Cyberspionage gegen hochkarätige Ziele in Lateinamerika aufgedeckt hätten. 75 Prozent der Operationen der sogenannten Machete-Gruppe richteten sich demnach gegen die Streitkräfte Venezuelas. »Jede Woche werden Gigabytes an vertraulichen Dokumenten gestohlen«, warnte das Unternehmen in einer Pressemitteilung.

■ Siehe Seite 8

Nordkorea reagiert auf US-Manöver

Seoul. Nach dem Beginn eines gemeinsamen Militärmanövers von Südkorea und den USA hat Nordkorea offenbar erneut Waffen getestet. Der südkoreanische Generalstab erklärte, am Dienstag seien zwei mutmaßliche Kurzstreckenraketen von der Westküste abgefeuert worden. Die Geschosse überflogen demnach die Koreanische Halbinsel und stürzten nach rund 450 Kilometern ins Meer.

Am Dienstag verurteilte die Führung in Pjöngjang zudem das am Vortag begonnene Militärmanöver. Es handle sich um eine »eklatante Verletzung« von Vereinbarungen zwischen Nordkorea und den USA und Südkorea, zitierte die staatliche Nachrichtenagentur KCNA einen Sprecher des nordkoreanischen Außenministeriums. Die Manöver seien »aggressive Kriegsübungen«, bei denen ein Überraschungsangriff auf Nordkorea simuliert werde. (AFP/jW)

Zehntausende Migranten auf griechischen Inseln



Athen. Erstmals seit Herbst 2018 ist die Zahl der Migranten in den Registrierlagern auf den griechischen Inseln im Osten der Ägäis wieder auf mehr als 20.000 gestiegen. Das geht aus einer Statistik des griechischen Ministeriums für Bürgerschutz hervor, die am Dienstag veröffentlicht wurde. Im April hatte die Zahl der dort festgehaltenen Menschen bei 14.000 gelegen, nachdem seit Oktober 2018 Tausende Flüchtlinge zum Festland gebracht worden waren. So sollte die Lage in den auch damals mit 20.000 Menschen überfüllten Lagern entspannt werden. Die Regierung unter Premier Kyriakos Mitsotakis will die Asylverfahren beschleunigen und Menschen schneller in die Türkei zurückschicken, die in Griechenland kein Asyl erhalten. (dpa/jW)

Handelskrieg auf den Währungsmärkten

Kursmanipulation: Beijing wehrt sich gegen US-Vorwürfe

Im Kampf um Weltmarktanteile werfen die USA China vor, den Kurs seiner Währung zu manipulieren, um sich unfaire Wettbewerbsvorteile zu verschaffen. Beijing weist die Vorwürfe zurück: Die deutliche Abwertung der Währung am Montag sei vom Markt bewirkt worden.

Anfang der Woche war der Kurs des Yuan gegenüber dem US-Dollar auf den tiefsten Stand seit mehr als elf Jahren gefallen. Ein Dollar hatte erstmals seit 2008 wieder mehr als sieben Yuan gekostet. In Reaktion auf den niedrigen Kurs forderte das US-Finanzministe-

rium Beijing am Montagabend auf, alle Währungsgeschäfte künftig mit größerer Transparenz und Fairness durchzuführen. Finanzminister Steven Mnuchin werde in der Sache Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds einleiten, hieß es in Washington weiter.

Am Dienstag legte die chinesische Zentralbank den Mittelkurs der Währung etwas höher fest und kündigte an, dem Markt durch Wertpapierverkäufe Liquidität zu entziehen. Dies dürfte den Yuan ebenfalls stützen. Den Vorwurf der Währungskursmanipulation wies die Notenbank zurück. China habe

seine Währung nicht aus wettbewerblichen Gründen abgewertet und werde sie nicht als Instrument im Handelskonflikt mit den USA einsetzen, teilte Zentralbankpräsident Yi Gang mit. Den USA warf er vor, die internationale Finanzordnung zu beschädigen.

Der globale Handelskrieg findet zunehmend auch auf den Währungsmärkten statt. US-Präsident Donald Trump selbst sähe gerne eine kräftige Zinssenkung seitens der US-Notenbank Federal Reserve (Fed), um so die Exporte zu stärken. Vergangene Woche hat die Fed den Leitzins allerdings nur um

0,25 Prozentpunkte gesenkt. Zugleich wird die Kritik an Trumps versuchter Einflussnahme auf die Geldpolitik lauter. Am Dienstag plädierten vier frühere Fed-Chefs im *Wall Street Journal* dafür, die Unabhängigkeit der Notenbank zu achten und Drohungen zu unterlassen.

Für die Euro-Zone hat der Rat der Europäischen Zentralbank Mitte Juli beschlossen, den Leitzins mittelfristig auf null Prozent zu belassen und weitere Optionen der »geldpolitischen Lockerung«, wie etwa einen verstärkten Anleihenkauf, zu prüfen. (dpa/jW)

■ Siehe Kommentar Seite 8

jW wird herausgegeben von **2.208 Genossinnen und Genossen** (Stand 29.7.2019)
www.jungewelt.de/lpg



»Gewerkschafter sind keine abgehobene Elite«

Konkurrenz von rechts: »Zentrum Automobil« wirbt in Betrieben um Zustimmung. IG Metall ist gefordert. Ein Gespräch mit Martin Röhl

Vor kurzem sorgte ein Video des Vereins »Zentrum Automobil« für Aufsehen, in dem gegen die Kündigung von zwei Daimler-Mitarbeitern wegen rassistischer Nachrichten gewettert wird. Die Organisation bezeichnet sich als »alternative Arbeitnehmervertretung«. Um was handelt es sich dabei aus Ihrer Sicht?

Auch wenn sie anderes suggeriert: Es handelt sich dabei um keine Gewerkschaft. Sie ist nicht darauf ausgerichtet, irgendwelche Vereinbarungen mit dem Arbeitgeber abzuschließen. Vielmehr handelt es sich um einen rechtsextremen Verein, hinter dem verschiedene Organisationen aus dem rechten Spektrum stehen.

In welchen Dimensionen bewegen wir uns da?

Im Einzugsbereich der IG Metall konnte »Zentrum Automobil« in ein paar wenigen Betrieben Mandate erringen. Das betrifft etwa Untertürkheim oder Rastatt in Baden-Württemberg, aber auch Betriebe in Sachsen.

Wie bewerten Sie in dem Zusammenhang den aktuellen Fall im Daimler-Werk in Stuttgart-Untertürkheim (siehe jW vom Dienstag)? Die rassistischen Beleidigungen richteten sich gegen einen Vertrauensmann der IG Metall. Auch die beiden Mitarbeiter, die die Nachrichten verschickten und denen daraufhin gekündigt wurde, waren einst Mitglieder Ihrer Gewerkschaft.

Wenn man sieht, was da für Bilder via Whatsapp verschickt wurden, muss man von einer neuen Qualität sprechen. Geradezu unverschämte ist es, wenn »Zentrum Automobil« im nachhinein so tut, als seien die beiden Mitarbeiter die eigentlichen Opfer in diesem Fall.

Wie erklären Sie sich, dass es auch bei Ihren Mitgliedern AfD-Anhänger gibt? Ist die Partei so stark oder die IG Metall so schwach?

Die Situation erklärt sich durch unsere breite Aufstellung. Wie waren schon immer stark in den Betrieben vertreten, durch alle politischen Richtungen hindurch. Hier im schwäbischen Musterlande wurde schon früher gesagt: Die Leute gehen werktags vor das Tor zum Streiken und wählen am Sonntag die CDU, um ihr Häusle zu schützen. Für uns sind die aktuellen Entwicklungen Ansporn, Spal-

tungen innerhalb der Belegschaft zu verhindern.

Das klingt löblich. Aber wie soll das konkret aussehen?

Wir verfolgen zwei Ansätze. Zum einen schulen wir unsere Vertrauensleute und Funktionäre verstärkt in der Frage, wie man rechte Argumente in direkten Gesprächen entkräften kann.

Zum anderen wollen wir uns um die Leute im Betrieb kümmern und zeigen, dass es bei Gewerkschaftsvertretern nicht um eine abgehobene Elite geht.

Von rechts wird interessanterweise genau hier Kritik geübt: Gewerkschaften wie die IG Metall seien zu unternehmerfreundlich und würden nicht die Interessen

der Arbeiter vertreten (siehe jW vom 11.9.2018). Müsstes Sie sich an der Stelle nicht selbstkritisch hinterfragen, ob es hier eine offene Flanke gibt und es an Kampfbereitschaft fehlt?

Wenn ich mir die Arbeitsbedingungen in der Automobil- oder Metallindustrie ansehe, sprechen die Tatsachen gegen diese Behauptung. Wir haben enorm viel für die Beschäftigten herausverhandelt, sei es beim Entgelt oder bei der Arbeitszeit. Beim letzten Tarifabschluss gab es Beifallstürme von allen Seiten. Damals haben wir im Rahmen eines Tagesstreiks auch gezeigt, dass wir uns mit der Unternehmensführung anlegen.

Klar ist, dass wir am Ende kompromissfähig sind. Eine Gewerkschaft darf aus meiner Sicht nicht nur Konflikte hochziehen, sondern muss Lösungen für die Menschen erarbeiten. Das erwarten mindestens 90 Prozent der Mitglieder von uns.

Die These, rechte Parteien würden in erster Linie »ökonomisch Abgehängte« für sich gewinnen, wird regelmäßig in Studien widerlegt. Insofern schützen auch erfolgreiche Tarifabschlüsse nicht vor der politischen Entwicklung, über die wir hier reden. Haben nicht auch Gewerkschaften hier eine Verantwortung für die Gesellschaft?

Es ist unverkennbar, dass es die angesprochene Verunsicherung gibt. Das betrifft uns in der Automobilindustrie im besonderen, weil wir uns in Zeiten großer technologischer Umbrüche befinden. Die wenigsten Arbeitsplätze werden in zehn Jahren noch so aussehen wie heute. Daher müssen wir die Industrie gemeinsam umbauen und ökologisch ausrichten.

Interview: Jan Greve



Martin Röhl ist Geschäftsführer der IG Metall Stuttgart



Ächtet die Bombe. Nach der Kündigung des INF-Abrüstungsabkommens durch die USA hat der Bürgermeister von Hiroshima zur atomaren Abrüstung in der Welt aufgerufen. Bei einer Gedenkzeremonie zum 74. Jahrestag des US-Atombombenabwurfs auf die japanische Stadt (Foto) rief Kazumi Matsui sein Land am Dienstag auf, dem UN-Atomwaffenverbotvertrag von 2017 beizutreten. Um 8.15 Uhr (Ortszeit), dem Zeitpunkt, als die erste im Krieg eingesetzte Atombombe über Hiroshima abgeworfen worden war, legten die Menschen eine Schweigeminute ein. (dpa/iw)

Galeria-Logistik vor dem Aus

Konzern streicht nach Einschätzung von Verdi etwa 1.000 Stellen. Versand soll an Dienstleister Fiege ausgelagert werden

Der Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof schließt zwei Logistikstandorte in Frechen und Erfurt sowie vier kleinere regionale Verteilzentren in Stuttgart, Würzburg, Hannover und Berlin. Der Interessenausgleich und der Sozialplan sollen bereits unterzeichnet worden sein, teilte das Unternehmen am Montag in Essen mit. Aus dem Umfeld des Konzerns heißt es, dass 600 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen. Verdi befürchtet allerdings, dass weitaus mehr Stellen in Gefahr sind. »Man kann davon ausgehen, dass die angegebenen 600 Stellen nicht der Wahrheit entsprechen«, sagte Günter Isemeyer von Verdi gegenüber jW. »Wir befürchten, dass es zum einem Kahlschlag kommen wird.«

Bereits Ende Juni hatte Verdi gewarnt, dass mehr als 1.000 der rund

1.650 Arbeitsplätze in der Galeria-Logistik bedroht seien. Der Konzern bestritt dies damals noch und bezeichnete die Angaben der Gewerkschaft als Worst-Case-Szenario. Nun wird aus dem vermeintlichen Szenario eine bittere Realität. Wie die Konzernspitze bereits 2018 angekündigt hatte, sollen die Logistikstellen an den Dienstleister Fiege ausgelagert werden. »Durch den Erfolg dieses strategischen Schrittes soll ein Abbau von Stellen reduziert werden«, hatte Karstadt mitgeteilt. Das genaue Gegenteil ist nun eingetreten. Orhan Akman, Verdi-Bundesfachgruppenleiter im Einzelhandel, gab den Angestellten Rückendeckung und bekräftigte sie im Kampf um ihre Stellen. »Wir werden gegen diese geplanten Einschnitte kämpfen und zusammen mit den Beschäftigten auf die Barrikaden ge-

hen«, sagte Akman gegenüber der *Wirtschaftswoche*, als sich der Stellenabbau im Logistikbereich Ende Juni anbahnte.

Karstadt-Kaufhof will nach eigenen Angaben die Logistiksparte zwar auch für Drittkunden ausbauen, doch soll dies eben über einen Dienstleister geschehen. Nach dem Zusammenschluss der beiden Warenhäuser sei es notwendig geworden, die vorhandenen Strukturen neu zu ordnen. Der Konzern will künftig neben den verbliebenen großen Logistikstandorten in Unna, Essen-Vogelheim und Köln-Porz auch viele der 180 Warenhäuser als sogenannte City Hubs für die Belieferung der Kunden über die letzte Meile nutzen und diesen Service auch anderen Unternehmen anbieten. Wie Karstadt das mit nur einem Drittel der Mitarbeiter erreichen will, ist unklar. Eftymis Angeloudis

NACHRICHTEN

EU gegen neue »Brexit«-Gespräche

Brüssel. Die EU-Kommission sieht derzeit keine Basis für weitere »Brexit«-Verhandlungen und befürchtet deswegen einen ungeregelten britischen EU-Austritt zum 31. Oktober. Wie Diplomaten am Dienstag berichteten, wurden Vertreter der verbleibenden 27 Mitgliedsstaaten zuletzt noch einmal darüber informiert, dass die Forderungen des neuen britischen Premierministers Boris Johnson unvereinbar mit der EU-Position seien. Johnson will das von seiner Vorgängerin Theresa May ausgehandelte Austrittsabkommen verändern, um die sogenannte Backstop-Klausel zu eliminieren, die Grenzkontrollen zwischen Irland und Nordirland verhindern soll. (dpa/iw)

Pakistans Armee warnt vor Eskalation

Islamabad. Pakistans Armeechef hat Indien vor einer Eskalation in der von beiden Ländern beanspruchten Region

Kaschmir gewarnt. »Pakistans Armee wird die Kaschmiris in ihrem Kampf bis zum Ende unterstützen«, sagte General Kamar Javed Bajwa am Dienstag nach einem Treffen mit Befehlshabern in Rawalpindi. Zuvor hatte die indische Regierung den Sonderstatus mit weitgehender innerer Autonomie des Bundesstaates Provinz Kaschmir und Jammu mit seiner überwiegend muslimischen Bevölkerung aufgehoben. (Reuters/iw)

■ Siehe Seite 6

Polizei in Bologna räumt soziales Zentrum

Bologna. Die Polizei hat am Dienstag morgen das soziale Zentrum »Xm 24« im norditalienischen Bologna geräumt. Wie die in Rom erscheinende Tageszeitung *La Repubblica* in ihrer Onlineausgabe berichtete, gingen Carabinieri und Polizei in Kampfausrüstung gegen rund 150 Menschen vor, die sich in dem Gebäude verbarrikadiert hatten. Die Aktivisten des »Xm 24« hatten sich für Flüchtlinge eingesetzt

und immer wieder gegen die rassistische Politik von Innenminister und Vizepremier Matteo Salvini protestiert. (iw)

US-Schriftstellerin Toni Morrison gestorben

New York. Toni Morrison ist tot. Sie starb am Montagabend im Alter von 88 Jahren, wie ihr Sprecher Paul Boggaards am Dienstag mitteilte. Die Literaturnobelpreisträgerin von 1993 galt als eine der wichtigsten afroamerikanischen Schriftstellerinnen. Morrison wurde mit ihren Werken über den Rassismus in den USA zum »Gewissen Amerikas«. Bekannt wurde sie 1970 mit »Sehr blaue Augen«. In dem Buch beschrieb sie, was es heißt, als Schwarze aufzuwachsen. Es folgten Romane wie »Solomons Lied« (1977), »Menschenkind« (1987) und »Paradies« (1998). Nebenbei lehrte die 1931 in der Kleinstadt Lorain im US-Bundesstaat Ohio als Chloe Wofford geborene Autorin jahrelang an der Eliteuniversität Princeton kreatives Schreiben. (dpa/iw)

Vor knapp zwei Wochen meldete zuerst die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*, dass im Amtsgericht Hannover das Original einer eidesstattlichen Versicherung aufgefunden wurde, mit der sich ein ehemaliger Angehöriger der SA, Hans-Martin Lennings, im November 1955 vor einem Notar selbst bezichtigte, am Abend des 27. Februar 1933 den Niederländer Marinus van der Lubbe in den bereits brennenden Reichstag gefahren und dort einem ihm unbekanntem Zivilisten übergeben zu haben (jW berichtete). Die in der Zeitgeschichtsschreibung der Bundesrepublik weithin durchgesetzte und von ihren Vertretern seit Jahrzehnten hartnäckig verteidigte Alleintäterthese, nach der van der Lubbe das Reichstagsgebäude allein und ohne fremde Hilfe in Brand gesteckt haben soll, gerät damit ernstlich in Schwierigkeiten.

Die Authentizität des Dokuments ist in keiner Weise zweifelhaft. Es spricht viel dafür, dass es sich bei Lennings um jenen bislang unbekanntem SA-Mann handelt, der, was in der Forschung ja bereits bekannt war, in den 1950er Jahren den Berliner Rechtsanwalt Arthur Brandt aufgesucht hatte, der im Auftrag des Bruders von Marinus van der Lubbe ein Wiederaufnahmeverfahren mit dem Ziel von dessen Rehabilitierung betrieb (völlig sicher ist das allerdings nicht, da Lennings 1955 durchblicken ließ, dass seine beiden Mittäter auch noch am Leben waren). Mit diesem Dokument wird ein zentrales Argument jener Historiker, die von der Verantwortung der Nazis für den Reichstagsbrand ausgehen, gestützt: dass nämlich der offenbar über die Identität seiner »Freunde« getäuschte »Rätekommunist« van der Lubbe in den Reichstag verbracht wurde, um dort mit seinen Kohleanzündern herumzukokeln, während der große Brand im Plenarsaal von anderen Akteuren entfacht wurde.

Die Gralshüter der Alleintäterthese – in der Bundesrepublik sind das nach dem Tod von Fritz Tobias und Hans Mommsen in erster Linie der *Spiegel* und der *Welt*-Redakteur Sven Felix Kellerhoff – haben uneinheitlich reagiert. Während der *Spiegel* und, was nicht unerwähnt bleiben soll, in augenfälliger Solidarität auch *Zeit* und *Taz* den von der internationalen Presse aufgegriffenen Fund trotzig beschweigen, schoss Kellerhoff – ohne, wie er selber einräumte, das Dokument zu kennen – eine schnelle Erwiderung aus der Hüfte. Sie enthält den üblichen Verweis auf die angeblich über jeden Zweifel erhabenen Ermittlungsakten, die keinen Raum für den von Lennings geschilderten Vorgang ließen, wartet aber mit einem neuen und bemerkenswert bizarren Gedanken auf. Die Vertreter der in erster Linie von ehemaligen Gestapo-Leuten, Neonazis, einem niedersächsischen Verfassungsschutz-



Leicht entzündlich: Loge des Reichspräsidenten (ehemalige Hofloge) im Plenarsaal des Reichstages nach dem Brand

Geschichtspolitik für Fortgeschrittene

Neues Dokument zum Reichstagsbrand: Rückzugsgefecht der Vertreter der Alleintäterthese hat längst begonnen. **Von Leo Schwarz**

beamten und zumeist konservativen Historikern geschätzten Alleintäterthese sind, folgt man Kellerhoff, eigentlich die Speerspitze der kritischen Geschichtswissenschaft: Wer, umgekehrt, die Nazis der Brandstiftung bezichtigte und damit einen »geplanten Staatsstreich« unterstelle, entlaste nämlich »die Masse der damaligen Bevölkerung von ihrer Mitverantwortung«. Genau das, so Kellerhoff, »dürfte der Grund für Lennings eidesstattliche Versicherung gewesen sein« – bei dem ehemaligen SA-Mann muss es sich um einen Meister hochkomplexer Geschichtspolitik gehandelt haben.

Der Sender *Deutschlandfunk Kultur* bot Kellerhoff eine Plattform, die dieser nutzte, um die wissenschaftlichen Gewährsleute der *Hannoverschen Allgemeinen* – Benjamin Carter Hett und Hersch Fischler – mit erstaunlich waghalsiger Selbstgerechtigkeit als »etwas windige selbsternannte Experten« abzukanzeln. Man kann diesen Auftritt als weiteres Beispiel für den im Wortsinne hasserfüllten Charakter der Reichstagsbrandkontroverse verbuchen, deren fester Bestandteil lange schon die persönliche Diskreditierung der Vertreter ab-

weichender Auffassungen ist. Natürlich kam von Kellerhoff kein Wort der Kritik an Tobias, der, wie man nun weiß, das Lennings-Dokument gekannt und darüber geschwiegen hatte.

Kellerhoffs Gezeter lässt sich aber auch als handfestes Zeichen einer Panik deuten, die keineswegs nur mit dem in Hannover aufgetauchten Dokument zu tun hat: Schon 2010 kam der Historiker Marcus Giebeler in seiner Geschichte der Reichstagsbrandkontroverse, für die er die gesamte bis dahin erschienene Sekundärliteratur durchgesehen hatte, zu dem Schluss, dass die Alleintäterthese als widerlegt angesehen werden kann. Die Arbeit von Hett, die 2014 herauskam, hat das noch einmal überzeugend anhand der Primärquellen bekräftigt. Hett hatte bei der Niederschrift seines Buches noch die Erfahrung gemacht, dass jüngere deutsche Historiker ihm zwar hinter vorgehaltener Hand zustimmten, das aber nicht laut zu sagen wagten, weil sie in der »sehr kleinen Welt« der deutschen akademischen Geschichtswissenschaft »um ihre Karrieren fürchteten«. Auch Hett wurde nachdrücklich zur Ordnung gerufen: In einem Beitrag für die *London Review of*

Books deutete der einflussreiche Zeithistoriker Richard J. Evans die Arbeit Hetts als Versuch, eine – kleiner geht es schon lange nicht mehr – »Verschwörungstheorie« zu rehabilitieren.

Neuerdings jedoch, und das dürfte gleichermaßen Kellerhoffs Unruhe und das verzagte Schweigen des *Spiegel* erklären, wird die Hegemonie der Alleintäterthese im geschichtswissenschaftlichen Mainstream offen angefochten. Der britische Historiker Ian Kershaw hat schon 2015 erklärt, dass er die entsprechenden Passagen in seiner Hitler-Biographie heute anders schreiben würde. Und in seiner Geschichte der SA, die 2017 in englischer und eben erst in deutscher Sprache erschienen ist, schreibt der Historiker Daniel Siemens mit Verweis auf Hett und ältere Arbeiten, etwa die von Alexander Bahar und Wilfried Kugel, dass es »überzeugende Argumente« dafür gebe, dass »höchstwahrscheinlich ein Sonderkommando von SA-Leuten, die sich gut mit dem Einsatz von Brandbeschleunigern auskannten, das Reichstagsgebäude (...) in Brand gesetzt hat«. Zwar muss weiter geforscht werden, doch lässt sich schon jetzt sicher sagen: Der Rauch verzieht sich.

»Das kann ich nicht sagen« – Hochbetrieb am Reichstag: Wer waren die Mittäter van der Lubbes?

Alle Brandexperten, die sich »von 1933 bis heute« näher mit dem Feuer im Reichstagsgebäude befasst hätten, seien, wie Benjamin Hett 2014 schrieb, zu der Überzeugung gelangt, dass es »irgendwo zwischen höchst unwahrscheinlich und unmöglich« sei, dass Marinus van der Lubbe in der ihm zur Verfügung stehenden Zeit das Feuer im Plenarsaal allein und ohne Hilfe verursacht habe. Außerhalb des Plenarsaales fanden sich nur kleinere, zum Teil von allein erloschene Brand- und Schmorstellen, die er dagegen durchaus allein verursacht haben kann.

Van der Lubbe war 1931 aus dem Jugendverband der Kommunistischen Partei Hollands ausgeschlossen worden

und hatte sich der »Gruppe Internationaler Kommunisten« (GIC) angeschlossen, die über recht enge (von den Ermittlern später vollkommen ignorierte) Verbindungen nach Deutschland verfügte. Am 18. Februar 1933 war er in Berlin eingetroffen, wo er mit hoher Wahrscheinlichkeit mehrere Kontaktadressen aufsuchte. Das Lennings-Dokument stützt die Annahme, dass er dabei an einen oder mehrere Polizeispitzel geriet, die ihn in die vorbereitete Inszenierung eines »kommunistischen Aufstandes« einspannten. Seine Selbstbezeichnungen dürften ein Versuch gewesen sein, die entkommenen »Genossen« zu schützen. Vor dem Reichsgericht betonte er in einem seiner wenigen wachen Momente, den Plenarsaal nur durchquert

und dabei zwei Vorhänge angezündet zu haben. Angesprochen auf die nachgewiesenen Brandstellen auf dem Präsidententisch, den Abgeordnetenplätzen, der Regierungsbank usw., erklärte er: »Das kann ich gar nicht sagen, wer das angesteckt hat.«

Van der Lubbe war nicht der einzige Mensch, den die Polizei in der Brandnacht am Reichstag aufgriff: Der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Herbert Albrecht rannte gegen 21.35 Uhr – nur ein paar Minuten nach der Festnahme van der Lubbes – aus dem Portal V an der Nordseite, ohne auf Rufe zu reagieren; Polizisten verfolgten ihn und stellten seine Identität fest. In seinem Abschlussbericht über die Brandermittlungen log Kriminalkommissar Walter

Zirpins am 3. März, dass es sich hier um eine »noch nicht ermittelte Person« gehandelt habe. Kurz nach Mitternacht bemerkte ein Polizeiwachtmeister eine weitere Gestalt, die sich innerhalb der Stunden zuvor vorgenommenen Abspernung »aus dem Schatten des Gebäudes löste«. Die Person, ein gewisser Wilhelm Heise, trug Ausrüstungsgegenstände eines Schornsteinfegers sowie neun Universalschlüssel bei sich und gab an, »häufig im Reichstag tätig zu sein«. Dem Eindruck des Polizisten nach bemühte er sich, »starke Trunkenheit« vorzutäuschen. Er wurde nach einer Gegenüberstellung mit zwei NSDAP-Reichstagsabgeordneten bereits um 4.45 Uhr entlassen und nie wieder befragt.

Leo Schwarz

Hintergrund Verfolgung der KPD

Der Brand des Reichstages am Abend des 27. Februar 1933 wurde von der am 30. Januar 1933 gebildeten »Regierung der nationalen Konzentration« sofort als »Terrorakt des Bolschewismus« (so der amtliche preußische Pressedienst am Tag nach dem Brand) hingestellt. Bereits in den Wochen davor hatten sich polizeiliche Repression und Terror der SA – die zusammen mit der SS und dem Stahlhelm seit dem 22. Februar in Preußen und den meisten anderen Ländern als »Hilfspolizei« agierte – vor allem gegen die KPD gerichtet, deren Führung ihrerseits mit einer unmittelbar bevorstehenden Phase der Illegalität rechnete. Ein inszenierter »Zwischenfall« vor der Reichstagswahl am 5. März wurde von ihr erwartet. Zuletzt wies der Vorsitzende der KPD-Reichstagsfraktion, Ernst Torgler, am 25. Februar im Preußischen Staatsrat auf die Wahrscheinlichkeit einer solchen Provokation hin.

Der Apparat der KPD arbeitete schon im Februar überwiegend im Untergrund; auch die letzte Zusammenkunft des Zentralkomitees am 7. Februar fand unter konspirativen Bedingungen statt. Die Zentrale der Partei, das Karl-Liebknecht-Haus am Berliner Bülowplatz, war erstmals am 2. Februar durchsucht und am 23. Februar – der Bürobetrieb war längst eingestellt – von der Politischen Polizei geschlossen worden. In den Tagen danach erschienen in der bürgerlichen Presse und in den Parteizeitungen der NSDAP Artikel über angeblich dort aufgefundene »Aufstandspläne« der Kommunisten (die der Öffentlichkeit nie vorgelegt wurden).

Diese Berichte bildeten den Prolog für die propagandistische und politische Ausnutzung des Reichstagsbrandes. Einige Stunden vor der Brandstiftung wies der Leiter der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums Berlin, Rudolf Diels, alle preußischen Polizeidienststellen auf angeblich beabsichtigte »Überfälle« der Kommunisten hin: »Geeignete Gegenmaßnahmen sind sofort zu treffen, kommunistische Funktionäre erforderlichenfalls in Schutzhaft zu nehmen«.

In der Brandnacht und am Tag danach wurden im gesamten Reichsgebiet anhand vorbereiteter Listen mindestens 11.500 Menschen – weit überwiegend Mitglieder und Funktionäre der KPD, zum Teil auch der SPD, dazu einige bürgerliche Antifaschisten – verhaftet. Diese schlagartige Aktion sollte die KPD noch vor der Reichstagswahl handlungsunfähig machen. Die letzten noch arbeitenden Parteibüros und Redaktionen wurden nun polizeilich geschlossen, die Druckschriften der Partei beschlagnahmt.

Vorgeblich zur »Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte« erließ der Reichspräsident am 28. Februar eine bereits vorbereitete Notverordnung, mit der die Grundrechtsgarantien der Reichsverfassung »bis auf weiteres außer Kraft gesetzt« wurden.

(Isch)

Zitat des Tages

Mutig, ironisch, schlagfertig und sich selbst nicht schonend hat sie in bester karnevalistischer Manier Zeitkritik geübt.

Begründung des »Bundes Deutscher Karneval e. V.« vom Dienstag, der die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer nach ihrem Witz über Toiletten für intergeschlechtliche Menschen zu seiner ersten »Sonderbotschafterin« ernannte

Parteivorsitz: SPD plant 23 Regionalkonferenzen

Berlin. Die Kandidaten für den Parteivorsitz der SPD sollen sich auf 23 Regionalkonferenzen der Basis vorstellen. Begonnen wird am 4. September in Saarbrücken, die letzte findet am 12. Oktober in München statt, wie die Parteizeitung *Vorwärts* (Onlineausgabe) am Dienstag berichtete. »In den großen Landesverbänden gibt es bis zu drei, um in der Fläche sicherzustellen, dass sich möglichst viele Mitglieder ein eigenes persönliches Bild machen können«, sagte der kommissarische Kovorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten* (Mittwochausgaben). Bisher hat sich ihm zufolge rund ein Fünftel der rund 426.000 Parteimitglieder für die Onlineabstimmung über den Parteivorsitz angemeldet.

(dpa/iw)

Landesregierung plant Absetzung von AfD-Mann

Magdeburg. Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt forciert die Abberufung des AfD-Abgeordneten Daniel Roi vom Vorsitz der »Enquetekommission gegen Linksextremismus« des Landtags. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen liegt der *Deutschen Presseagentur* vor, wie diese am Dienstag berichtete. Der 31-jährige war in die Kritik geraten, als ein zehn Jahre altes Foto publik wurde, das ihn auf einer Neonazidemonstration in Dresden zeigt. Damit der Antrag Erfolg hat, muss die Fraktion Die Linke ihn mittragen, da für die Abwahl eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Die stellvertretende Linksfraktionschefin Eva von Angern signalisierte bereits Zustimmung.

(dpa/iw)

Grünen-Landeschefin kündigt Rücktritt an

Magdeburg. Die Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt, Britta-Heide Garben, wird zurücktreten. Dies teilte Parteisprecher Ruben Engel am Dienstag in Magdeburg mit. Er sprach von persönlichen Gründen für Garbens Rückzug. Sie selbst hatte vor knapp einer Woche eingeräumt, für einen Blog fremde Textpassagen ohne Angabe der korrekten Quellen verwendet zu haben.

(dpa/iw)

Eigentum verpflichtet zu Polizeieinsatz: Zwangsräumung in Berlin-Wedding



Berlin. Am frühen Dienstag wurde eine Wohnung in Berlin-Wedding trotz Protesten zwangsgeräumt. Bereits gegen 6 Uhr versammelten sich mehr als 100 Nachbarn und Aktivisten, um die Hauseingänge in der Dubliner Straße zu blockieren. Dennoch verschaffte sich die Gerichtsvollzieherin mit Hilfe von Polizisten Zutritt. In der Folge gingen Menschen am frühen Vormittag in einem Protestzug bis zum Leopoldplatz und demonstrierten so gegen Verdrängung. Durch die Räumung verlor eine Wohngemeinschaft, die seit 2010 dort lebte, ihr

Zuhause. Vorausgegangen war ein jahrelanger Rechtsstreit mit dem Eigentümer, einer Briefkastenfirma. Den Bewohnern war wegen unerlaubter Untervermietung gekündigt worden – das zuständige Gericht hatte die Wohngemeinschaft nicht als solche anerkannt, sondern lediglich von einer »Personenmehrzahl« gesprochen, wie das Berliner Bündnis »Zwangsräumung verhindern« mitteilte. Die Aktivisten verwiesen in dem Zusammenhang darauf, dass es in der Hauptstadt jährlich 5.000 Räumungsurteile gibt.

(iw)

Nächstes Ende in Aussicht

Verantwortliche für Dauerbaustelle des Berlin-Brandenburger Flughafens planen Eröffnung im Herbst 2020. CDU-Fraktionschef fordert Sonderermittler. Von Kristian Stemmler

Vor 15 Jahren begannen die Bauarbeiten. Vor mehr als sieben Jahren platzte der erste Eröffnungstermin. Es folgten immer neue Verzögerungen. Doch im Herbst des kommenden Jahres soll der Flughafen Berlin-Brandenburg (BER), der die Flughäfen Schönefeld und Tegel ersetzen soll, tatsächlich fertig werden. »Die Terminziele sind stabil, und die Eröffnung im Oktober 2020 ist nicht gefährdet«, behauptete Flughafenchef Engelbert Lütke Daldrup – der vierte in diesem Amt – am Dienstag im Flughafenausschuss des Brandenburger Landtags, wie der *Rundfunk Berlin-Brandenburg* berichtete.

Auch Aufsichtsratschef Rainer Bretschneider zeigte sich zuversichtlich. »Ich kann berichten, dass wir alle positiv angetan waren, dass die Flughafengesellschaft und die Firmen diesmal alle Planungen eingehalten haben«, sagte er vor dem Ausschuss. Grund für den

Optimismus sind Erfolgsmeldungen des TÜV Rheinland, der den Aufsichtsrat am Montag in einer Sondersitzung über erste Ergebnisse von den Ende vergangener Woche gestarteten Technikprüfungen informiert hatte. »Der TÜV war mit den ersten zweieinhalb Prüftagen zufrieden«, resümierte Lütke Daldrup im Anschluss an die Sitzung gegenüber der *Deutschen Presseagentur*. Innerhalb von zwei Monaten sollen die Tests abgeschlossen sein, bei denen geprüft wird, ob sämtliche technischen Anlagen auch im Zusammenspiel funktionieren. Allerdings sei auch bei erfolgreichem Verlauf der Tests der Sicherheitsanlagen noch eine Menge zu tun, sagte der Flughafenchef am Dienstag dem Ausschuss. »Ein sicheres Gebäude ist noch kein Flughafen«, erklärte Lütke Daldrup. Dazu müssten noch die betrieblichen Anlagen und Systeme gebaut werden.

Ende des Jahres wollen die Verantwortlichen zudem damit beginnen, rund

20.000 Menschen als Komparsen zu werben. Sie sollen dabei helfen, den Betrieb an einem normalen Reisetag zu simulieren – von der Ankunft, über die Gepäckabfertigung bis zum Boarding. Bis zu diesem wichtigen Test, der für Sommer 2020 geplant ist, sollen auch die Einzelhändler ihre Läden fertiggestellt haben.

Der Fraktionschef der CDU im Brandenburger Landtag, Ingo Senftleben, trübte allerdings die gute Stimmung der Verantwortlichen. Er verwies am Dienstag im *RBB-Inforadio* darauf, dass seit 2012 vor jeder Wahl gesagt worden sei, der Flughafen werde eröffnet. Am Ende sei es dann aber doch jedesmal verschoben worden. »Und deswegen kann ich diesen Optimismus momentan nicht teilen«, so Senftleben. Er sprach, sich nach der Landtagswahl am 1. September dafür einzusetzen, dass ein Sonderermittler die Faktenlage am BER prüfe. »Denn glauben kann ich

den Aussagen – leider Gottes – nach vielen Jahren des Vertröstens nicht mehr so wirklich«, sagte Senftleben. Es sei zum Beispiel fraglich, ob die Dübel für die Kabeltrassen und die dazugehörigen Verlegungsarbeiten am BER tatsächlich funktionieren. Der CDU-Politiker und Spitzenkandidat seines Landesverbandes vermutet zudem, dass die Verantwortlichen »vor einer nicht unwichtigen Landtagswahl, die Öffentlichkeit zu beruhigen« versuchen.

Seit dem 5. September 2006 wird der Flughafen Berlin-Brandenburg Willy Brandt, wie er offiziell heißt, an der südlichen Stadtgrenze Berlins gebaut. Es handelt sich um die größte Flughafenbaustelle in Europa. Zum ursprünglich geplanten Eröffnungszeitpunkt sollte der Flughafen eine Gesamtkapazität von rechnerisch 28 Millionen Passagieren pro Jahr haben. Bis 2035 sollen jährlich 58 Millionen Passagiere mitsamt Gepäck abgefertigt werden können.

ICH WILL EIN
PRINT VON DIR!

Selber abonnieren, schenken
oder schenken lassen

Bestellungen unter: jungewelt.de/deinprint
Abotelefon: 0 30/53 63 55-80

FOTO: MARTINA ZANINELLI



SOMMERABO:
3 Monate die
gedruckte jW
für 62 Euro*
(*statt 121,60 € / inkl. Prämie)

Das Sommerabo ist pro Jahr nur einmal pro Haushalt bestellbar und endet nach drei Monaten automatisch. Sie müssen es nicht abbestellen.

Lieferung ins Ausland zzgl. 39,90 Euro. Diese Bestellung kann ich binnen 14 Tagen nach Erhalt der ersten Ausgabe bei der Verlag 8. Mai GmbH schriftlich widerrufen.

Grünlackierte Klimakiller

Plug-in-Hybride werden vom Staat gefördert. Dabei sind sie längst nicht so umweltfreundlich wie behauptet. **Von Ralf Wurzbacher**

Der vielgepriesene Hybridantrieb hält offenbar nicht das, was er verspricht. Dass Autos mit einer Mischung aus Verbrennungs- und Elektromotor bei hoher Leistungsstärke trotzdem besonders umwelt- und klimaschonend unterwegs wären, galt bisher als unstrittig. Entsprechend werden Kauf und Nutzung dieser Fahrzeuge vom Staat großzügig gefördert. Wie sich jetzt herausgestellt hat, geschieht dies eigentlich wider besseres Wissen. Das jedenfalls legen die Antworten der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag nahe. Demnach fällt die Ökobilanz der Technologie bei weitem nicht so rosig aus, wie gemeinhin unterstellt wird. Für den Grünen-Verkehrspolitiker Stephan Kühn ist das ein Fall von »Etikettenschwindel«.

Nach einem Bericht der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) vom Montag ist man sich im Bundesverkehrsministerium sehr wohl bewusst, dass sogenannte Plug-in-Hybride, deren Batterie von außen über ein Kabel aufladbar ist, schlechter als ihr Ruf sind. Wie aus den Antworten des von Andreas Scheuer (CSU) geführten Ressorts hervorgeht, haben sich die bei Abgastests ermittelten CO₂-Emissionen in den vergangenen Jahren merklich verschlechtert, von im Durchschnitt 41 Gramm pro Kilometer im Jahr 2015 auf 46 Gramm im vergangenen Jahr. Allerdings sind das Werte einer inzwischen überholten Messmethode, die zum 1. September 2018 durch das infolge des Dieselskandals eingeführte einheitliche WLTP-Verfahren abgelöst wurde. Unter den veränderten Bedingungen schneiden eine Reihe an Hybridmodellen noch einmal deutlich schlechter ab. So stößt der BMW 2er statt der davor kalkulierten 46 mal eben 65 Gramm CO₂ pro Kilometer aus.

Auch das ist noch ein deutlicher Vorsprung gegenüber reinen Verbrennungsmotoren, die durchschnittlich

130 Gramm freisetzen. Stärker als beim herkömmlichen Antrieb fällt bei Plug-in-Hybridautos jedoch ins Gewicht, wie sie genutzt werden. Klimaverträglicher sind sie nur dann, wenn sie überwiegend auf kurzen Strecken verkehren und ihre Batterie möglichst häufig aufgeladen wird. Auf Langstrecken, das heißt bei ausgedehnten Fahrten auf Bundesstraßen und Autobahnen, rollt der Wagen hauptsächlich im Benzinbetrieb. Tatsächlich sind in Deutschland mehr als die Hälfte aller zugelassenen Hybridfahrzeuge als Dienstwagen gemeldet und damit in aller Regel auf langen Strecken im Einsatz.

Erst Ende der Vorwoche hatte die Regierung ein Maßnahmenbündel zur Förderung der Elektromobilität beschlossen. Ein Bestandteil davon ist die Verlängerung der

Steuerprivilegien für als Firmenwagen genutzte Hybridautos. Auch wird hierzulande ein Neukauf mit 3.000 Euro bezuschusst, zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln, zur Hälfte vom Hersteller. Dabei weiß die Regierung um die Fragwürdigkeit dieser Praxis. »Das Nachladeverhalten der Nutzerinnen und Nutzer ist entscheidend für den Anteil der elektrisch gefahrenen Kilometer und damit den mittleren Verbrauch und die mittleren CO₂-Emissionen«, beschied das Verkehrsministerium auf die Anfrage der Grünen. Zur Frage, wie sehr auch Plug-in-Hybridfahrzeuge zum Klimakiller taugen, verwies die SZ auf Erfahrungen aus Großbritannien. Dort war im Vorjahr herausgekommen, dass viele Halter nicht einmal ihre Ladekabel ausgepackt hätten.

Beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) geht man davon aus, dass Plug-in-Hybridfahrzeuge der Oberklasse und des SUV-Bereichs »ein Vielfaches ihrer offiziellen Normwerte« verbrauchten. »Klimaschädliches Kohlendioxid wird dabei nur auf dem Papier eingespart und durch praxisferne Testbedingungen schön gerechnet«, erklärte Verbandsschef Hubert Weiger am vergangenen Freitag anlässlich des vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachten Gesetzespakets. »Die Bundesregierung läuft der Autoindustrie beim Plug-in-Hybrid in die umweltpolitische Sackgasse hinterher«, beklagte Weiger. Nötig wäre es dagegen, die Entwicklung von leichten und sparsamen E-Autos zu fördern und viel stärker in die bereits funktionierende Elektromobilität im öffentlichen Nahverkehr zu investieren.



Plug-in-Hybride werden trotz umstrittener Umweltbilanz vom Staat gefördert

Stigmatisierte Arme

DIW-Studie: Hälfte der Berechtigten nimmt Grundsicherung aus Scham nicht in Anspruch

Wer »keine Lust auf Arbeit« habe, dürfe nicht von Beschäftigten finanziert werden, wettete der CDU-Abgeordnete Matthias Zimmer Anfang Juni in einer Bundestagsdebatte um die Höhe der Hartz-IV-Sätze und die repressive Sanktionspraxis. Seine Schlussfolgerung: Mehr Hartz IV und ein Ende der Sanktionen widersprächen dem Leistungsgedanken. So argumentieren die Hartz-IV-Befürworter seit Jahren, und so funktioniert gesellschaftliche Stigmatisierung. Die Angst davor, als »Schmarotzer« abgestempelt zu werden, hindere etwa jeden zweiten Anspruchsberechtigten daran, Sozialleistungen wie Hartz IV und Grundsicherung im Alter zu beantragen. Das schätzen Autoren des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in einem Bericht vom Juli, auf den nun der Sozialrechtler Harald Thomé aufmerksam machte, da er von den Medien nicht beachtet wurde.

Danach spielt »Angst vor Stigmatisierung« eine große Rolle für den Verzicht. Das hatten die Forscher mittels

eines Experiments herausgefunden. Dafür sollten jeweils drei Probanden zunächst einen Test über Allgemeinwissen absolvieren. Wer am schlechtesten abgeschnitten hatte, durfte anschließend eine Transferzahlung beantragen. Wurden Test und Ergebnisse offen kommuniziert, gab ein Großteil an, lieber darauf verzichten zu wollen. Ausgehend davon schätzen die Autoren die Quote derjenigen, die Transferleistungen nicht in Anspruch nehmen, bei Hartz IV im realen Leben auf 43 bis 56 Prozent – bei der Grundsicherung sogar auf 60 Prozent. Die Forscher nennen dies »Stigmaeffekt«. »Wenn der Leistungsbezug öffentlich sichtbar ist, wird eine Transferzahlung deutlich seltener beantragt.«

So wollten Betroffene »kein negatives Signal über ihre Fähigkeiten, ihre Arbeitsmotivation oder ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit an die Gesellschaft senden« und »ein positives Selbstbild aufrechterhalten«, heißt es. Sie fürchteten, ansonsten von anderen schlechter beurteilt und behandelt zu werden«, mahnen die Forscher. Ihre Ergebnisse

stützten »die Hypothese, wonach potentielle Sozialbezieher Angst haben, von anderen als weniger leistungsfähig oder als Trittbrettfahrer wahrgenommen werden«. Sie sprechen von einem Leistungs- und moralischen Stigma. Wäre es möglich, einfacher und diskreter an Grundsicherung zu kommen, resümieren sie, würden mehr Menschen von ihrem Recht auf Hilfe in Not Gebrauch machen. »So aber können sozialpolitische Ziele – wie Armutsbekämpfung und Umverteilung – schwerer erreicht werden.«

Mutmaßlich sind solche Ziele gar nicht beabsichtigt. Zwar redete die mit den Unionsparteien regierende SPD in den letzten beiden Jahren viel davon und plädierte beispielsweise für die sogenannte »Respektrente«, um Menschen mit niedrigen Einkommen vor Altersarmut zu bewahren. Doch viele Arme erfüllen die Voraussetzungen nicht, wie etwa eine mindestens 35jährige sozialversicherungspflichtige Berufstätigkeit. Zweitens könnten Betroffene mit 35 Beschäftigungsjahren so lediglich auf eine

Bruttorente von knapp 900 Euro kommen, bei 45 Jahren wären es 1.152 Euro. Durch solche Pläne, mahnen die DIW-Autoren, werde sich das Stigma für ältere Menschen, die die Kriterien nicht erfüllen, zusätzlich erhöhen.

Die Angst vor gesellschaftlicher Abwertung sei aber nicht die einzige Hürde. Hinzu kämen Unkenntnis durch mangelhafte Information in den Behörden und eine komplizierte Bürokratie. Allein für Hartz IV sind ein sechsstufiger Hauptantrag und zahlreiche mehrseitige Nebenformulare für die Wohnkosten, die Vermögensverhältnisse, Nebeneinkünfte, Kinder und Partner auszufüllen. Für sämtliche Angaben sind Nachweise zu erbringen. Vermieter, Arbeitgeber und Partner müssen Bescheinigungen ausfüllen. Erstens wüssten viele gar nichts von ihren Ansprüchen und zweitens: »Wenn das Antragsmaterial zu kompliziert erscheint, möchten sich viele Personen damit gar nicht erst beschäftigen«, resümieren die DIW-Autoren.

Susan Bonath

Keine Einigung bei »Riva Stahl«

Frankfurt. Die Verhandlungen zwischen dem deutschen Management des Stahlkonzerns Riva und der IG Metall am Montag in Frankfurt blieben ohne Ergebnis. Nach acht Wochen unbefristetem Streik verweigert die Geschäftsführung den Beschäftigten der zum Konzern gehörenden Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH (H. E. S.) in Trier und Horath weiterhin die Tarifbindung. Wie die IG Metall gestern erklärte, sah das Angebot der Manager für 2019 außerdem keine Entgelterhöhung vor. Eine Angleichung an den jetzigen Stand des Entgelttarifvertrages solle es erst in fünf Jahren geben. »Die Kernforderung – eine Anerkennung der Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie Rheinland-Rheinens – erfüllen sie weiterhin nicht«, so Gewerkschafter Uwe Zabel laut Mitteilung. (jW)

Autozulieferer Bosch plant Stellenabbau

Gerlingen. Bosch-Chef Volkmar Denner hat gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* (Dienstausgabe) bekräftigt, dass die sinkende Nachfrage nach Dieselfahrzeugen beim weltweit größten Autozulieferer zu einem spürbaren Stellenabbau führen wird. Der Umfang stehe aber noch nicht fest. Bei dem Zulieferer hängen nach Angaben vom Mai weltweit etwa 50.000 der 410.000 Arbeitsplätze vom Diesel ab. In Deutschland sind es gut 15.000. Im vergangenen Jahr hatte Bosch 600 Stellen in dem Bereich abgebaut. (dpa/jW)

Norma kündigt Kürzungen an

Hamburg. Der Autozulieferer Norma denkt nach zwei Prognosekorrekturen binnen weniger Monate über eine Verschärfung des sogenannten Sparkurses nach. Interimschef Michael Schneider kündigte gegenüber *Reuters* am Dienstag »weitere Optimierungsschritte« an. Diese könnten sowohl Standorte als auch mittelfristig die Struktur des Unternehmens betreffen. Er verwies darauf, dass der Konzern in der Vergangenheit bereits »Sparprogramme« aufgelegt habe. (Reuters/jW)

Weitere Genehmigung für Kfz-Nachrüstungen

Bamberg. Nach Volvo können auch Dieselaautos der Marke Daimler mit zu hohen Schadstoffwerten in Deutschland nachgerüstet werden. Das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) veröffentlichte am Dienstag auf seiner Internetseite die Betriebserlaubnis für Systeme des Bamberger Technologie-Anbieters Dr. Pley. Die Firma hatte angekündigt, im August seien auch Genehmigungen für Fahrzeuge von BMW zu erwarten. Ziel ist es, dass nachgerüstete Fahrzeuge, die die Abgasnorm Euro 5 erfüllen, von Fahrverboten ausgenommen werden können. (dpa/jW)

Tote nach Kämpfen im Donbass

Kiew. Im Donbass sind trotz einer neuen Waffenruhe bei Kämpfen zwischen Truppen der ukrainischen Regierung und Einheiten der international nicht anerkannten »Volksrepubliken« mindestens vier ukrainische Militärs getötet worden. Ein weiterer Soldat sei durch einen Sprengsatz verletzt worden, teilte die Armee am Dienstag mit. Vertreter der »Donezker Volksrepublik« warfen der ukrainischen Seite vor, das Feuer eröffnet zu haben. Sie machten keine Angaben zu eigenen Verlusten. (dpa/iw)

Athen will Regelung zu »Uniasyl« beschneiden

Athen. In Griechenland soll der Schutz der Universitätsgelände vor politischen Polizeieinsätzen weitgehend abgeschafft werden. Das Parlament in Athen stimmte am Dienstag abend darüber ab, das weltweit einzigartige »Universitätsasyl« einzuschränken. Dieses hat seine Wurzeln im Altertum und soll das freie Denken, freie Rede und freie Lehre garantieren. Nach dem Ende der Militärdiktatur wurde das Asyl als Konsequenz aus der blutigen Niederschlagung des Studentenaufstandes vom 17. November 1973 gesetzlich verankert. Polizisten dürfen demnach auf dem Campus nur zum Einsatz kommen, wenn Rektorat und Studentenvertreter sich zuvor darauf einigen. (dpa/iw)

China warnt USA vor Raketenstationierung

Beijing. Nach der Kündigung des INF-Abrüstungsvertrags hat China die USA vor der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Asien gewarnt. China werde »alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die nationalen Sicherheitsinteressen entschlossen zu verteidigen«, teilte eine Sprecherin des Beijinger Außenministeriums am Dienstag mit. US-Verteidigungsminister Mark Esper hatte sich zuvor für eine Stationierung von landgestützten Mittelstreckenraketen im Asien-Pazifik-Raum ausgesprochen. (dpa/iw)

Vizesundheitsminister in Israel angeklagt

Tel Aviv. Israels Polizei hat eine Anklage gegen Vizesundheitsminister Jakob Litzman empfohlen, weil er eine Frau geschützt haben soll, die im Verdacht des Kindesmissbrauchs steht. Litzman ist Vorsitzender der strengreligiösen Partei »Vereinigtes Tora-Judentum«, einem wichtigen Partner der Likud-Partei des rechtskonservativen Regierungschefs Benjamin Netanjahu. Die Polizei teilte am Dienstag mit, es gebe ausreichende Beweise gegen Litzman für eine Anklage in zwei Fällen. Litzman habe Druck auf Psychiater in seinem Ministerium ausgeübt, um die Auslieferung der Beschuldigten von Israel an Australien zu verhindern. Dort wird ihr in 74 Fällen sexueller Missbrauch von Mädchen vorgeworfen. (dpa/iw)

Vision eines hinduistischen Indiens

Neu-Delhi hebt Autonomie von mehrheitlich muslimischem Bundesstaat auf. Region wird aufgerüstet. **Von Silva Lieberherr und Aditi Dixit, Mumbai**

Die indische Regierung hat die Sonderrechte des Bundesstaates Jammu und Kaschmir außer Kraft gesetzt. Am Montag morgen verkündete Amit Shah, Innenminister der rechten Regierungspartei BJP, im Parlament, der Verfassungsartikel 370, der den Status des indischen Teils der Himalaja-Region regelt, sei aufgehoben. Schon am Sonntag abend hatte Neu-Delhi die politische Führung der Provinz unter Hausarrest gestellt und alle Kommunikationskanäle von und nach Kaschmir blockiert.

Damit setzt die BJP eines ihrer wichtigsten Wahlversprechen um. Kaschmir ist der einzige indische Bundesstaat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit und sein Sonderstatus steht BJP's Vision eines hinduistischen Indiens im Weg. Es überrascht dennoch, dass die Regierung diesen Schritt tatsächlich wagt, obwohl er die Region stark destabilisieren wird. Laut Medienberichten hat Indien 8.000 zusätzliche Soldaten in Kaschmir stationiert, das mit einer Truppenstärke von 500.000 schon jetzt eines der am stärksten militarisierten Gebiete der Welt ist.

Seit der Unabhängigkeit 1947 und der Aufteilung Britisch-Indiens beanspruchen Indien und Pakistan die gesamte Region jeweils für sich. Artikel 370 war Teil der verfassungsmäßigen Bestimmungen, die den Sonderstatus des indischen Teils von Kaschmir regelte. Er gab Neu-Delhi die Hoheit über die Außenpolitik und Verteidigung, garantierte Kaschmir aber eine eigene Verfassung. Diese schützte zum Beispiel die exklusiven Rechte von Kaschmiris an Grundeigentum. Diese Sonderrechte wurden nun aufgehoben, sodass Siedler



Gegen die indische Vorherrschaft in der Region Kaschmir: Protest am Montag in Islamabad

aus anderen Regionen jetzt ebenfalls Land kaufen können. Das sehen viele Kaschmiris als ersten Schritt, die Bevölkerungsverhältnisse in dem Bundesstaat zugunsten einer hinduistischen Mehrheit zu verändern. Unklar ist, ob die Abschaffung von Artikel 370 verfassungswidrig oder eine raffinierte Verkettung von legalen Schritten ist. Verschiedene Analysten argumentieren, dass für einen solchen Schritt das Parlament Kaschmirs hätte zustimmen müssen. Die indische Regierung hat die formale Autonomie des Gebietes immer wieder untergraben, während die Bewe-

gung für das Recht auf Selbstbestimmung immer stärker wurde.

Die Ereignisse der vergangenen Tage haben das Vertrauen der Kaschmiris in die Demokratie vollständig zerstört. Die Politiker, die seit Sonntag unter Hausarrest stehen, gehören alle dem politischen Establishment Kaschmirs an, darunter die zwei ehemaligen Ministerpräsidenten Omar Abdullah und Mehbooba Mufti. Letztere kritisierte die Regierung auf Twitter heftig: »Die einseitige Entscheidung der Regierung, Artikel 370 abzuschaffen, ist illegal und verfassungswidrig. Dieser Schritt macht

Indien zu einer Besatzungsmacht in Jammu und Kaschmir.«

Währenddessen ist es schwierig, Berichte aus Kaschmir zu erhalten. Der *Guardian* schreibt von Panik und langen Schlangen vor Geldautomaten und Tankstellen. In den pakistanisch regierten Teilen von Kaschmir gab es Proteste und die Regierung in Islamabad verurteilte den Schritt deutlich. Am unmittelbarsten und stärksten werden die Auswirkungen aber auf die Rechte und die Situation der Kaschmiris sein, die seit Ausflammen des Konfliktes 1987 einen Großteil der rund 70.000 Opfer zu beklagen hatten.

Risikoreiseland USA

Nach Anschlägen raten Uruguay und Venezuela ihren Bürgern von Reisen in die Vereinigten Staaten ab

Die Anschläge vom vergangenen Wochenende in den USA haben auch in Lateinamerika Reaktionen hervorgerufen. Während der mexikanische Außenminister Marcelo Ebrard am Montag mit El Paso einen der Tatorte besuchte, haben Uruguay und Venezuela vor Reisen in die Vereinigten Staaten gewarnt. Am Montag (Ortszeit) veröffentlichten die Außenministerien beider Länder entsprechende Erklärungen. Uruguay begründet den Schritt mit der »zunehmenden Gewalt« in den USA, »die in den ersten sieben

Monaten dieses Jahres mehr als 250 Menschen das Leben kostete.«

Am Samstag waren bei zwei Attacken 31 Personen getötet und 53 verletzt worden. In El Paso an der Grenze zu Mexiko erschoss ein 21-jähriger insgesamt 22 Menschen. In Dayton im Bundesstaat Ohio ermordete ein Schütze neun Personen. Während das Motiv für Dayton noch als unklar gilt, verdichten sich die Hinweise, dass der Täter in El Paso aus rassistischen Gründen mordete. In einem kurz vor der Tat im Internet veröffentlichten »Manifest« heißt es, er wolle die »me-

xikanische Invasion« stoppen. Sieben der insgesamt 22 Todesopfer hatten die mexikanische Staatsangehörigkeit.

Für das venezolanische Außenministerium kein Zufall. So seien die Taten ein »Echo der von rassistischer Diskriminierung und Hass gegen Migranten geprägten Diskurse und Handlungen, die von der politischen Elite in Washington« ausgingen. Und auch Uruguay weist darauf, dass die US-Behörden nicht in der Lage seien, Hassverbrechen, worunter auch Rassismus und Diskriminierung fielen, zu verhindern.

Aus diesem Grund empfehlen die Regierungen ihren Bürgern, bestenfalls von Reisen in die Vereinigten Staaten abzusehen und zur Not größere Menschenansammlungen zu meiden. Der Vorstoß aus Montevideo könnte jedoch auch einen weiteren Grund haben. So hatte Washington erst am vergangenen Freitag seine Bürger vor zunehmender Kriminalität in dem im Vergleich zu anderen südamerikanischen Ländern als besonders sicher geltenden Uruguay gewarnt.

Frederic Schnatterer

ICH WILL EIN PRINT VON DIR!

Selber abonnieren, schenken oder schenken lassen

JETZT AKTIONSPAKETE BESTELLEN!

FOTO: MARTINA ZANNI/REUTERS

Bestellen Sie jetzt Plakate, Aufkleber sowie Abokarten und werden Sie selbst aktiv, um die junge Welt bekannter zu machen!

Ein Aktionspaket eignet sich auch, um an schwarzen Brettern von Jugendhäusern oder Begegnungszentren über die Tageszeitung *junge Welt* zu informieren.

Achtung: Bitte beachten Sie jedoch, dass Plakate nur an zulässigen Orten aufgehängt werden dürfen. Im Zweifelsfall holen Sie die Erlaubnis zum Anbringen eines Plakates ein. Die Plakatierung auf fremder Werbefläche ist unzulässig und von uns ausdrücklich nicht erwünscht.

Das Aktionspaket enthält:

- 2 Plakate A 1, 2 Plakate A 2
- 25 Aufkleber A6
- 25 Abokarten

Einzelpreis 6,00 € (zzgl. Versand)

Ja, ich bestelle

Aktionspaket(e)

Preis pro Paket: 6,00 € (zzgl. Versand)

Größere Bestellungen auf Anfrage.

Name/Vorname/Organisation

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

E-Mail

Telefonnummer (bitte unbedingt angeben)

jungewelt.de/aktionspaket

Bitte an folgende Adresse schicken (falls Lieferadresse abweichend ist):

Name/Vorname/Organisation

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Ich zahle per Rechnungslegung

Datum/Unterschrift

Einsenden an:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin,
oder faxen an: 0 30/53 63 55-44.

Vor dem Angriff

Türkei und USA verhandeln über »Schutzzone« in Nordsyrien. Kurden bereiten sich auf Offensive Ankaras vor. **Von Nick Brauns**

Die türkische Regierung ist entschlossen, tiefer nach Nordsyrien vorzudringen. »Wir sind in Afrin, Dscharabulus und Al-Bab einmarschiert, und nun werden wir östlich des Euphrat einmarschieren«, verkündete Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan am Sonntag in der westtürkischen Stadt Bursa vor Anhängern. Ziel sei die Zerschlagung des »Terrorkorridors«, begründet Erdogan den geplanten Angriff auf das von Kurden auch als Rojava bezeichnete Gebiet der Demokratischen Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. »Nordsyrien muss in Brand gesetzt werden«, sekundierte der Führer der faschistischen MHP, Devlet Bahçeli, dem türkischen Präsidenten. Vor dem Hintergrund der Wahlniederlage seines Kandidaten in Istanbul, der anhaltenden Wirtschaftskrise und Austritte führender Politiker aus der Regierungspartei AKP braucht Erdogan dringend Erfolge.

Zehntausende türkische Soldaten sowie dschihadistische Söldner sind gegenüber den grenznahen syrischen Städten Tel Abjad, Kobani und Serekaniye aufmarschiert. Um einen Krieg, mit dem die US-Regierung nach Informationen der *Washington Post* vom Wochenende innerhalb der nächsten zwei Wochen rechnet, doch noch abzuwenden, verhandelt eine ranghohe US-Delegation seit Montag in Ankara über die Forderung der Türkei nach einer »Sicherheitszone«. Denkbar wäre eine Pufferzone von fünf Kilometern, aus der sich die Demokratischen Kräfte Syriens (DKS) zurückziehen, so das von den US-Militärs übermittelte Angebot der Selbstverwaltungsbehörden an Ankara. Das Gebiet könne unter Aufsicht der »Koalition gegen den Islamischen Staat« stehen, eine Präsenz türkischer Militärs sei aber ausgeschlossen.

Ankara besteht dagegen auf einer 30 Kilometer tief ins Landesinnere reichenden »Sicherheitszone« unter Kontrolle des türkischen Militärs. In diesem Gebiet, das fast alle größeren Städte der Selbstverwaltungsregion umfassen würde, soll ein Großteil



Werden weiter kämpfen: Kurdische Volksverteidigungseinheiten nach dem Sieg in Kobani am 26. Januar 2015

der 3,5 Millionen in der Türkei lebenden syrisch-arabischen Flüchtlinge angesiedelt werden. Denn deren Anwesenheit in der Türkei stößt dort auf wachsende Ablehnung. Ihr Transfer nach Rojava würde eine drastische demographische Veränderung und die Vertreibung eines Großteils der dort lebenden kurdischen Bevölkerung bedeuten.

Das türkische Beharren auf dem 30-Kilometer-Radius hat zudem einen strategischen Hintergrund. In dieser Entfernung verläuft die Verbindungsstraße vom Nordirak nach Aleppo. Mit der Einnahme dieser zentralen Handelsroute käme die türkische Regierung, deren Truppen derzeit auch im Nordirak vorrücken, ihren neosomanischen Träumen näher. So zeigen türkische Regierungssender Landkarten, die das Gebiet vom syrischen Aleppo bis zu den Ölfeldern von Kirkuk im Nordirak als türkisches Territorium ausweisen.

Dass die USA, die nach Informationen der *Washington Post* noch 1.000 Soldaten in Nordsyrien stationiert haben, bei einem begrenzten türkischen Einmarsch tatsächlich zum Schutz ihrer taktischen kurdischen Verbündeten auf ihre türkischen NATO-Verbündeten schießen werden, ist unwahrscheinlich. Militärisch entscheidend ist allerdings, ob die USA auch den Luftraum freigeben. Denn in fehlender Luftabwehr besteht – wie sich schon bei der türkischen Invasion in Afrin im vergangenen Jahr gezeigt hat – die Achillesferse der DKS.

»Wenn der türkische Staat nicht bereit ist, einen Dialog für eine Lösung zu führen, dann sind wir bereit zum Krieg«, erklärte die Oberkommandierende der DKS, Newroz Ehmed, am Montag gegenüber *Firat News*. Während die Türkei Nordsyrien schrittweise erobern wolle, würden die DKS auch bei einem begrenzten Angriff die gesamte 600 Kilometer lange Grenze

zum Kriegsgebiet machen. Vertreter der Selbstverwaltung warnen zudem, dass im Kriegsfall Tausende IS-Kämpfer aus Gefangenenlagern entkommen könnten.

Von der syrischen Regierung und ihren Verbündeten Russland und Iran kann die Selbstverwaltung keine Unterstützung erwarten. Auf einem Treffen der Astana-Gruppe zwischen dem Iran, Russland und der Türkei in der kasachischen Hauptstadt Nur-Sultan wurde zu Monatsbeginn mit Blick auf Rojava die gemeinsame Ablehnung von »unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung errichteten« selbstverwalteten Gebieten und die Entschlossenheit, »dagegen vorzugehen«, bekundet. Mit der Verlegung großer Truppenkontingente nach Deir Al-Sor bereitet sich das iranische Militär offenbar auf einen Vorstoß in die noch von den DKS gehaltenen öl- und gasreichen Gebiete östlich des Euphrat vor.

Konstruiert und ausgeschlachtet

Innerparteiliche Antisemitismusvorwürfe gegen linken Flügel von Labour

Die politische Atmosphäre in Großbritannien bleibt trotz parlamentarischer Sommerpause feurig. Vor allem die Angriffe auf den linken Flügel der oppositionellen Labour-Partei und deren Parteichef Jeremy Corbyn gehen täglich weiter. Die Kampagne ist gut koordiniert und läuft über unterschiedliche Kanäle. Es gibt zwei Hauptziele: Labour soll wieder zu einer bürgerlich-liberalen Kraft werden, wie es die Partei unter Anthony Blair war; und Labour muss sich mit Haut und Haaren dem Kampf gegen den Brexit verschreiben, selbst wenn es der Partei den Sieg bei kommenden Parlamentswahlen kosten könnte.

Ein bisheriger Höhepunkt der Kampagne gegen Corbyn und seine Unterstützer war die Ausgabe des *BBC-Magazins »Panorama«* vom 10. Juli mit dem Titel: »Ist Labour antisemitisch?« Die Frage wurde enthusiastisch mit

»ja« beantwortet. Als Hauptzeuge wurde der stellvertretende Parteichef Thomas Watson herangezogen. Watson gehört zum blairistischen Parteiflügel, unterstützte die Invasion des Irak und Afghanistans durch US-amerikanische und britische Truppen und führte Wahlkämpfe mit Slogans wie: »Wer Liberaldemokraten wählt, stimmt für den ungezügelt Zuzug von Asylanten.«

Generell haben Corbys innerparteiliche Kritiker kein Problem, mit dem rechtskonservativen Lager zusammenzuarbeiten. Am 4. August veröffentlichte die Tageszeitung *Daily Mail*, die mittlerweile das »Remain«-Lager unterstützt, ein Interview mit Alan Johnson, der von 2009 bis 2010 britischer Innenminister war und zum inneren Kreis des neoliberalen Parteiflügels gehört. Für ihn würde Yvette Cooper einen besseren Job als Parteichefin machen als Corbyn. Cooper war

Innenministerin unter Blair und für Wahlkampfslogans wie »Nur Labour kann die illegale Migration eindämmen« verantwortlich. Heute gehört sie zu jenen, die wie auch Thomas Watson dem linken Flügel der Labour-Partei die Tolerierung antisemitischer Positionen vorwerfen.

Anfang August schließlich erschien eine Studie des Community Security Trust (CST), einer Organisation, die sich der Sicherheit der jüdischen Bevölkerung in Großbritannien verschrieben hat. In dem »Triebwerke des Hasses – Die Onlinenetzwerke hinter Labours Antisemitismuskrise« betitelten Dokument wird behauptet, es gebe ein Onlinenetzwerk, das den Antisemitismus in der Partei befeuern würde. Laut dem CST äußert sich dieser folgendermaßen: 36 Twitter-Accounts forderten die Abwahl von Watson, beschäftigten sich »überproportional« mit Israel und versuchten, Angriffe auf

Corbyn abzuwehren.

Scharf zurückgewiesen werden derlei Analysen von der »Jüdischen Stimme für Labour« (JVL), einem Zusammenschluss linker jüdischer Parteimitglieder. In zahlreichen Dokumenten aus den vergangenen Wochen hält die Organisation fest, dass es natürlich Antisemitismus in der Labour-Partei gebe, dieser aber weniger ausgeprägt sei als in der übrigen britischen Gesellschaft. Außerdem sei die Zahl jüdischer Parteimitglieder in den letzten Jahren gestiegen und viele von ihnen seien überzeugte Linke. Zudem gebe es Beweise, dass überproportional viele jüdische Parteimitglieder vom blairistischen Flügel mit dem Antisemitismusvorwurf überzogen würden, die gleichzeitig Corbyn-Unterstützer seien. Hier zeige sich, dass der Antisemitismusvorwurf zur Bekämpfung des linken Parteichefs missbraucht werde.

Christian Bunke, Manchester

Philippinen: Notstand wegen Denguefieber



Manila. Auf den Philippinen hat die Regierung angesichts des Tods von Hunderten Menschen durch das Denguefieber, eine durch Aedesmücken übertragene Virusinfektion, am Dienstag den Notstand erklärt. Das Gesundheitsministerium bezifferte die Zahl der Todesopfer seit Jahresbeginn auf 622. Besonders betroffen ist die Region rund um die Hauptstadt Manila, wo viele Menschen in Slums leben. Auf den Philippinen wurden seit Anfang des Jahres mehr als 146.000 Denguefälle registriert – fast doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 2018. (dpa/W)

Italien verschärft Strafen für Retter

Rom. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR hat sich besorgt über ein neues italienisches Gesetz gezeigt, das härtere Strafen für Seenotretter vorsieht, die unerlaubt in italienische Gewässer fahren. Die Verhängung von Geldstrafen und anderen Sanktionen gegen Schiffskapitäne könnte die Seenotrettung der privaten Helfer im Mittelmeer be- oder gar verhindern, hieß es am Dienstag in einer Erklärung. Das geschehe in einem Moment, in dem sich die europäischen Staaten aus der Seenotrettung weiter zurückgezogen hätten. »Die NGO spielen eine entscheidende Rolle bei der Lebensrettung von Flüchtlingen und Migranten, die die gefährliche Überfahrt antreten, um Europa zu erreichen«, so das UNHCR. »Ihr Engagement und die Menschlichkeit, die ihr Handeln lenkt, sollten nicht kriminalisiert oder stigmatisiert werden.«

Der Senat in Rom hatte am Montagabend ein Gesetz gebilligt. Es sieht unter anderem Strafen von bis zu einer Million Euro vor, wenn ein Kapitän mit einem Schiff unerlaubt in die italienischen Gewässer fährt. (dpa/W)

iW Spezial. 8 Seiten extra

Österreich

Mittwoch, 28.8., in iW

Ihre Werbung in unserer Beilage?

Unsere Anzeigenabteilung erreichen Sie unter 0 30/53 63 55-38 Anzeigenschluss: 14.8.2019



■ Währungskrieg USA–China

Trump schwächt den Yuan

Von Lucas Zeise

Wahnsinnig erstaunlich ist es nicht, dass die chinesische Währung fällt, wenn die USA gegen Einfuhren aus China Zölle erheben. Es ist ja die Absicht von Donald Trump, dem großen Konkurrenten zu schaden. Wenn China weniger Waren in die USA ausführt, kommt weniger Geld ins Land. Die wichtigste Ursache für die Nachfrage nach der chinesischen Währung wird dementsprechend schwächer. Also sind, nachdem der US-Präsident die neuen Zölle Ende vergangener Woche angekündigt hatte, die Aktienmärkte in China, den USA und anderwärts in die Knie gegangen. Und als der flexible Trump auch am vergangenen Montag die Maßnahme nicht zurückgenommen hatte, fiel die chinesische Währung Yuan gegen den Dollar kräftig – auf ein Niveau, wie es zuletzt auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2008 bestanden hatte.

Das alles entspricht der »Logik« der Märkte. Nicht jedoch der der US-Regierung. Die wirft China Währungsmanipulation vor. Tatsächlich glättet die chinesische Regierung den Verlauf des Wechselkurses. Früher geschah das vor allem, um einen zu schnellen Anstieg der eigenen Währung gegenüber Dollar, Yen, Euro usw. zu vermeiden. Seit einigen Jahren sah sie sich aber auch veranlasst, den Yuan nicht abrutschen zu lassen, um die Kapitalausfuhr aus China nicht zu beschleunigen. Gelegentlich hat die chinesische Zentralbank dabei erhebliche Summen an Fremdwährung verkauft, um den Yuan zu stützen. Das aber unterließ sie vor

zwei Tagen und ließ den Marktkräften freien Lauf. Sie schätzt einen Waffenstillstand oder Kompromiss im Handelskrieg mit den USA vermutlich als gering ein.

Es könnte ein bisschen schwierig werden, daraus den »Beweis« einer Währungsmanipulation zu basteln. Die Freunde des freien Marktes müssten eigentlich beglückt sein, wenn die durch Einfuhrzoll verteuerten Produkte dank des billigeren Yuan nun ausgleichend erschwinglich werden. Nur sonderbar, dass Stimmen, die sich üblicherweise als Trump-Kritiker und Marktanbeter geben, in diesem Fall lieber China tadeln. »China nutzt Yuan als Waffe im Handelskrieg«, schreibt die FAZ.

Dass Handelskriege ohne Währungsmanipulation nicht auskommen, ist eine triviale Weisheit. Mit dieser Strategie haben die USA in den 80er Jahren die Konkurrenz aus Westeuropa (speziell Deutschland) und vor allem Japan auf Distanz gehalten. Legendar das Abkommen der Finanzminister 1985 im New Yorker Hotel »Plaza«, das dem dauernden Anstieg des Dollars am Devisenmarkt ein Ende machte. Vor allem der Yen stieg seitdem. Der Exportboom Japans wurde von einem Börsen- und Immobilienboom abgelöst, der 1990 im Crash mündete und diesen Rivalen um die ökonomische Globalherrschaft endgültig aus dem Rennen warf. Einen ähnlichen Deal nun auch mit China in die Wege zu leiten, das schwebt Trump vielleicht vage vor. Ob ihm dies mit seinem ganz speziellen »Freund« Xi Jinping gelingt, muss bezweifelt werden.

■ Großherziger des Tages

Marek Kuchcinski



von je 15 bis 20.000 Euro genehmigte, »weil uns das einfach zusteht«. Das Volk fand diese Selbstbedienung nicht lustig, und so verordnete PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski, dass die Begünstigten den Gegenwert ihrer Boni an das katholische Hilfswerk Caritas zu spenden hätten. Was bisher immerhin elf der 21 Begünstigten auch getan haben. Nach den anderen fragt niemand mehr.

Jetzt kommt wieder Bewegung in den polnischen Ablassmarkt. Der Sejmmarschall – das Amt entspricht dem des Bundestagspräsidenten – Marek Kuchcinski hat sich offenbar seit Jahren mit einem Regierungsjet von Warschau ins heimische Rzeszow fliegen lassen – angeblich immer in dienstlicher Mission, auch wenn diese in der Teilnahme an der Hochzeit einer Patentochter oder einem Skiwochenende bestand. Auch Frau und Kinder nutzten das Lufttaxi. Jetzt musste der arme Spensünder erst 15.000 Zloty an die Caritas spenden und dann, als noch mehr herauskam, weitere 70.000 an einen »Fonds zur Modernisierung der Streitkräfte«. Schließlich weiß auch Kaczynski, was auf Tetzl folgte: Luther und die Religionskriege. Da heißt es vorsorgen.

Reinhard Lauterbach

Zur Vorgeschichte der Reformation gehört das Wirken eines Dominikanermönches namens Johannes Tetzl. Der war im Auftrag des Papstes als Ablasshändler unterwegs und predigte den Leuten, dass jede Spende für die im Bau befindliche Peterskirche in Rom dem Seelenheil diene: »Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt.« Polen hat sich nach Darstellung seiner eigenen Regierung vorgenommen, Europas christliche Traditionen zu wahren. Auf diesem Gebiet erbringt es vorbildliche Leistungen. Sobald ein Politiker bei der Vorteilsnahme ertappt wird und Totschweigen nicht mehr hilft, reicht eine Spende, und das Thema ist aus der Welt. So war es 2016, als Exregierungschefin Beata Szydlo sich und 20 Ministern Sonderzahlungen in Höhe

»E-Scooter haben die Situation im Straßenverkehr verschärft«

Elektrische Tretroller gefährden Verkehrsteilnehmer mit Beeinträchtigungen. Ein Gespräch mit Silvana Radicione und Klaus Sprenger

Sie stehen an Häuserecken, umlagern Straßenbäume, versperren Geh- oder Radwege: Elektrotretroller, sogenannte E-Scooter, prägen zunehmend das Bild deutscher Großstädte wie Berlin. Welche Personengruppen sind Ihren Erfahrungen nach wegen der Roller in ihrer Verkehrssicherheit gefährdet?

Silvana Radicione: Vor allem betrifft das Kinder, ältere, sehbehinderte und blinde Menschen, aber auch Rekonvaleszente von Schlaganfällen und Menschen mit kognitiven und motorischen Behinderungen. Sie sind nicht in der Lage, schnell und flexibel auszuweichen. Dazu kommt, dass ihnen durch E-Scooter-Fahrer auf den Gehwegen ständige Aufmerksamkeit und Konzentration abverlangt wird, die viele aufgrund ihres Alters und ihrer Einschränkungen nicht aufbringen können.

Seit Mitte Juni sind die Roller legal im Einsatz. Seit wann befassen Sie sich als Interessenverband VdK mit dem Thema?

Klaus Sprenger: Wir haben uns schon im Planungsprozess mit E-Scootern befasst und in einem offenen Brief im Februar 2019 an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer gemeinsam mit dem Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband, dem Landesseniorenbeirat Berlin und der Fußgängerinteressenvertretung »Fuß e. V.« Stellung bezogen. Ein Erfolg war, dass die Roller zumindest nicht auf den Gehwegen fahren dürfen. Unsere Mitglieder fühlen sich allgemein nicht gut im Straßenverkehr berücksichtigt. Die E-Scooter haben diese Situation noch verschärft.

Sind Ihnen Statistiken über das



Silvana Radicione und Klaus Sprenger sind Geschäftsführer des Sozialverbands VdK Berlin-Brandenburg e. V.

Unfallrisiko mit E-Scootern bekannt?

S. R.: Statistiken sind uns nicht bekannt. Aber durch unser Büro in Berlin-Mitte sind wir selbst täglich mit Falschfahrern und auf dem Gehweg abgestellten Rollern konfrontiert. Die bereits bestehenden Nutzungsrichtlinien müssen noch strenger formuliert und auch für Touristinnen und Touristen verständlich gemacht werden. Aus unserer Sicht braucht es härtere Strafen, eine Nullpromillegrenze und ein Abstellverbot auf Gehwegen. Noch wichtiger ist, dass die bestehenden Regeln eingehalten werden. Daher fordern wir noch viel strengere und häufigere Kontrollen.

Braucht es aus Ihrer Sicht seitens des Berliner Senats oder der Bundesregierung ein eigenes Konzept, um auf die rasante Zunahme von E-Scootern als recht neuem Verkehrsmittel zu reagieren?

K. S.: Aus unserer Sicht braucht es kein Spezialkonzept für E-Scooter,

dafür aber ein Verkehrskonzept für ältere Menschen, Rollstuhlfahrer und Rollatoren. Geklärt werden müsste die Frage: Was kann getan werden, um uneingeschränkte Mobilität für jeden zu ermöglichen? Dazu gehört dann sicherlich auch ein Passus für Elektrofahrzeuge, in dem Regeln festgeschrieben und Abstellbereiche definiert werden.

Welche weiteren Forderungen würden Sie in einem solchen Konzept gerne umgesetzt wissen?

S. R.: In so einem verkehrspolitischen Konzept sollte der Umweltfaktor nochmal genauer ins Visier genommen werden. Es stellt sich die Frage, wie umweltfreundlich die Roller wirklich sind. Schließlich müssen erhebliche Ressourcen aufgewendet werden, um den notwendigen Strom zu produzieren, die Batterien herzustellen und später einmal zu entsorgen.

Planen Sie auch über Verbandsgrenzen hinweg Initiativen, um mehr Verkehrssicherheit hinsichtlich der E-Scooter zu erreichen?

K. S.: Im Bereich E-Mobilität – hier aber bezogen auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge – fordert unser Bundesverband in einem Bündnis mit sieben anderen Verbänden unter dem Motto »Elektrisch fahren tut hörbar gut!« den sofortigen Einbau eines künstlichen Warngeräusches, das von allen wahrgenommen werden kann. Denn lautlose Elektrofahrzeuge stellen für Fußgänger und Radfahrer eine größere Unfallgefahr dar als konventionelle Autos. Da auch mit E-Scootern in der kurzen Zeit seit der Zulassung schon einige Unfälle geschehen sind, werden weitere Initiativen nicht ausbleiben. Der VdK wird den Prozess weiter verfolgen und sich bei Bedarf einmischen.

Interview: Oliver Rast

■ Abgeschrieben

■ Venezuelas Regierung veröffentlichte am Dienstag eine offizielle Erklärung zu den am Vorabend von US-Präsident Donald Trump angekündigten neuen Zwangsmaßnahmen gegen Caracas:

Die Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela klagt vor der internationalen Gemeinschaft die neue und gravierende Aggression der Trump-Administration an, die willkürliche Aktionen des Wirtschaftsterrorismus gegen das Volk von Venezuela verübt. Washington hat eine weitere Executive Order entlassen, die die bereits bestehende verbrecherische Wirtschafts-, Finanz- und Handelsblockade formalisieren soll, die der venezolanischen Gesellschaft in den vergangenen Jahren schwere Schäden zugefügt hat und deren einziges Ziel es ist, in offener Verletzung der Prinzipien und Ziele der Charta der Vereinten Nationen das venezolanische Volk zu erdrosseln, um einen verfassungswidrigen Regierungswechsel im Land zu erzwingen.

Diese Entscheidung der in den USA regierenden Elite soll der Blockade aller Aktiva und jedes Eigen-

tums des venezolanischen Staates legale Formen geben und stellt somit die am meisten groteske und unverhüllteste Ausplünderung dar, die es in der jüngeren Geschichte der internationalen Beziehungen je gegeben hat. Nicht zufrieden mit dem illegalen Raub des Unternehmens Citgo und der venezolanischen diplomatischen Vertretungen (in den USA; jW) suchen das Weiße Haus und seine Verbündeten nach neuen Chancen und Mitteln, das Eigentum der mehr als 30 Millionen Venezolanerinnen und Venezolaner zu usurpieren und zu plündern.

Die internationale Gemeinschaft sollte zur Kenntnis nehmen, dass es sehr viel mehr braucht als einen rassistischen Magnaten im Wahlkampf oder einen zurückgebliebenen, kriegsbesessenen und verzweifelt an seinem Job festhaltenden Falken, um das vom Befreier Simón Bolívar begonnene und im 21. Jahrhundert vom Comandante Hugo Chávez wieder aufgenommene Werk zu zerstören.

Mit ihrer immer neuen Einmischung ist vor aller Welt sichtbar, dass die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten auf ein Scheitern des politischen Dialogs in

Venezuela setzen. Sie fürchten seine Ergebnisse und seinen Nutzen. In diesem Sinne wird es die Bolivarische Regierung Venezuelas nicht zulassen, dass diese tendenziöse Eskalation der Aggression die Prozesse eines politischen Dialogs im Land beeinträchtigt. Sie bekräftigt ihren unverbrüchlichen Willen, auf verschiedenen Ebenen nationale Abkommen zu erzielen, um unsere Demokratie weiter zu stärken und das Recht des Volkes zu garantieren, in Frieden zu leben.

Angesichts des imperialistischen Angriffs bekräftigt Präsident Nicolás Maduro seinen Aufruf zur Einheit aller wohlmeinenden Venezolanerinnen und Venezolaner, um dem politischen und wirtschaftlichen Terrorismus in dieser neuen Phase zu begegnen. Die nationale zivil-militärische Einheit ist fundamental, um standhaft und patriotisch den unumkehrbaren Charakter der Unabhängigkeit Venezuelas zu bewahren und gemeinsam jedes Hindernis zu überwinden, um das Heimatland und seine heilige nationale Souveränität zu verteidigen. **Caracas, 6. August 2019**

■ Übersetzung: André Scheer

Land zu verkaufen

Ukraine will Bodenmärkte für ausländische Investoren öffnen. Langjährige Forderung des Internationalen Währungsfonds vor Erfüllung. **Von Reinhard Lauterbach**

Der als Kandidat für den Posten des ukrainischen Ministerpräsidenten gehandelte Oleksij Gontscharuk hat eine Freigabe des Markts für Agrarflächen bis zum Jahresende in Aussicht gestellt. Gontscharuk, derzeit stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsadministration in Kiew, sagte der Wirtschaftsagentur *Bloomberg* am 30. Juli, seine Behörde sehe sich unter Handlungsdruck. Wenn die Freigabe des landwirtschaftlichen Bodenmarkts nicht schnell passiere, werde es sehr schwierig, sie durchzusetzen.

Damit folgt Gontscharuk einer Lehre, die Niccolò Machiavelli in seiner Schrift »Der Fürst« schon im 16. Jahrhundert formuliert hatte: Grausamkeiten, wenn sie schon notwendig seien, schnell nach der Machtübernahme zu begehen. Denn mit der Freigabe des Bodenmarkts würde sich Präsident Wolodimir Selenskij innenpolitisch keine Freunde machen. Etwa zwei Drittel der Ukrainer sind laut Umfragen gegen die Möglichkeit, ukrainisches Ackerland auch an Ausländer zu verkaufen. Doch darum geht es im Prinzip.

Bisher dürfen nur Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit landwirtschaftliche Flächen erwerben. Das hat dazu geführt, dass sowohl ehemalige Kolchosdirektoren als auch Investoren aus der ukrainischen Bourgeoisie große Flächen entweder direkt auf eigene Rechnung mit Hilfe von Lohnarbeitern – ehemaligen Kolchosbauern – bewirtschaften oder sie an Einzelfarmer verpachten, die sie durch Aufträge zur Produktion etwa von Sonnenblumen an sich binden. Sie liefern das Saatgut und diktieren im Voraus den Preis. Die Farmer tragen das Ernterisiko – nicht nur mit Blick auf das Wetter: Jedes Jahr im Sommer kommt es zu Gewaltakten, wenn Konkurrenten oder Gläubiger der Bodeneigentümer die Farmer zwingen wollen, ihre Ernte an sie abzugeben. Seit dem Euromaidan sind Prügeleinsätze im Rahmen solcher Geschäftskonflikte ein beliebter Nebenerwerb für Kämpfer sogenannter »Freiwilligenbataillone«. In einzelnen Fällen haben Farmer auch eigene Selbstverteidigungsgruppen gegründet, um sich gegen solche Übergriffe zu wehren.



Mähdrescher in der Region Kiew (6. September 2010)

Ausländisches »Land Grabbing« hat die bisherige Rechtslage in der Ukraine nicht wirklich verhindert, aber in der Praxis verlief es als innerukrainische Auseinandersetzung. Ausländische Investoren waren gezwungen, auf die Dienste ukrainischer Mittler und Strohmannen zurückzugreifen. Dadurch waren solche Investitionen mit hohen Transaktionskosten verbunden. Aus ukrainischer Perspektive betrachtet: Die Einschränkung sorgte dafür, dass an der Aneignung des legendär fruchtbaren ukrainischen Schwarzerdebodens durch privates Kapital auch ein paar Inländer mitverdienten. Zumal viele ukrainische Industriekombinate noch aus sowjetischen Zeiten angegliederte Agrarflächen besitzen. Insofern war es im wohlverstandenen Eigeninteresse der politischen Klasse, die Freigabe des Bodenmarkts von Jahr zu Jahr zu verschieben.

Wenn die Selenskij-Administration diese Praxis nun aufgibt, erfüllt sie eine seit Jahren erhobene Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die ukrainische Seite erhofft sich davon, dass die finanzielle »Zu-

sammenarbeit« mit dem IWF auf eine langfristige Basis gestellt werden kann und nicht jedes Jahr neu ausgehandelt werden muss – mit allem Hängen, Würgen und Bangen, ob der Staatsbankrott noch einmal in letzter Minute verhindert werden kann. Bei einer Freigabe des Bodenmarkts erwartet die Kiewer Regierung Einnahmen für den Staatshaushalt in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar allein im ersten Jahr. Schließlich gehören noch etwa zehn Millionen Hektar (100.000 Quadratkilometer, ein Sechstel der Landesfläche) des ukrainischen Ackerlands dem Staat. Würden sie vollständig abgestoßen, kämen 15–20 Milliarden US-Dollar in die Staatskasse. Das ist ungefähr so viel, wie der IWF dem Land im Rahmen der laufenden Kreditvereinbarungen zugesagt hat, beziehungsweise das Zwei- bis Dreifache der Devisenreserven der ukrainischen Nationalbank. Und, wie die britische Wirtschaftsagentur *BNE Intellinews* sarkastisch schrieb: Andere wirklich profitable Assets als ihren Boden habe die Ukraine nicht anzubieten.

Die geplante Freigabe des Bodenmarkts hat dabei auch eine geopolitische Dimension: Indem sie eine zentrale Forderung des IWF erfüllt, signalisiert sie auch die Bereitschaft der neuen Kiewer Administration, unter der Kuratel des Fonds zu verbleiben, um sich weiter auf dessen Kredite verlassen zu können. Jede eventuelle Wendung der Selenskij-Administration in Richtung Russland würde das Risiko einer Kreditsperre für die nächste Tranche nach sich ziehen, schrieb ein Analyst der größten ukrainischen Investmentbank, Concorde Capital, im Juli. Die Abhängigkeit wird nur größer, wenn das Tafelsilber in Gestalt des Ackerlandes erst einmal aus der Hand gegeben ist.

iW Dossier

Gefährliche Saat

Ernährungssicherheit und Gen-Monopole
jungewelt.de/ernaehrung

Elliott will »Scout 24« zerschlagen

Frankfurt am Main. Der aggressive Private-Equity-Fonds »Elliott« will das Kleinanzeigenportal »Scout 24« aufspalten. In einem Brief an Vorstandschef Tobias Hartmann kritisiert der Investor einen »Mangel an Ambition« und verlangt den Verkauf des Gebrauchtwagenportals »Autoscout 24« sowie ein Aktienrückkaufprogramm. Damit ließe sich der Aktienkurs kräftig steigern, heißt es in dem am Montag veröffentlichten Brief. »Elliott« hält 7,5 Prozent an »Scout 24« und ist damit einer der größten Anteilseigner.

(Reuters/iW)

Gewinn bei Autozuliefer# Schaeffler halbiert

Herzogenaurach. Auf den Auto- und Industriezulieferer Schaeffler hat sich im zweiten Quartal des laufenden Geschäftsjahres die schlechten Autokonjunktur ausgewirkt. Der Überschuss brach um die Hälfte auf 136 Millionen Euro ein, wie der Konzern am Dienstag bei der Vorlage seiner endgültigen Zahlen im fränkischen Herzogenaurach mitteilte. Kurzarbeit und Entlassungen sollen durch »punktueller Werksferien« vermieden werden, sagte Vorstandschef Klaus Rosenfeld am Dienstag in einer Telefonkonferenz zur Erläuterung der Quartalsbilanz.

(dpa/iW)

»Tesco« kündigt Massentlassung an

Welwyn Garden. Die Supermarktkette »Tesco« plant, 4.500 Stellen in Großbritannien zu streichen. Mit dem Abbau wolle das Unternehmen Abläufe vereinfachen und auf veränderte Kaufgewohnheiten der Kunden reagieren, teilte »Tesco« am Montag mit. Die Pläne betreffen demnach vor allem die 153 größeren »Metro«-Läden der Supermarktkette. Die seien für Großeinkäufe konzipiert worden, die Mehrheit der Kunden kaufe heutzutage aber täglich kleinere Mengen ein, heißt es in einer Mitteilung. »Tesco« ist die größte Supermarktkette Großbritanniens.

(dpa/iW)

Satte Gewinne für Deutsche Post

Einnahmen aus Paket- und Briefgeschäft steigen. Beschwerden nehmen zu

Dank des Paketbooms und kräftiger Preissteigerungen brummt das Geschäft der Deutschen Post AG. Der Umsatz mit Paketen sei im Inland im zweiten Quartal um 10,5 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro gestiegen, teilte der Konzern am Dienstag in Bonn mit. Positiv für die Firmenkasse wirkten sich höhere Preise für Pakete aus. Das Betriebsergebnis in der Sparte »Post & Paket Deutschland« kletterte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 108 auf 177 Millionen Euro.

Die Schwächen im Briefgeschäft durch im Zuge der Digitalisierung rückläufige Versandzahlen wurden zudem durch die umfassenden Portoerhöhungen zum 1. Juli mehr als ausgeglichen. Selbst unter Berücksichtigung eines

weiteren Rückgangs der Briefmenge erwartet die Post 2020 aus dieser Sparte zusätzliche Einnahmen in Höhe von 280 Millionen Euro.

Insgesamt kletterte der Konzernumsatz der Deutschen Post DHL im Frühjahrsquartal um drei Prozent auf 15,5 Milliarden Euro. Das Betriebsergebnis vor Steuern und Zinsen (Ebit) stieg um 2,9 Prozent auf 769 Millionen Euro. Der Konzern sei »insgesamt in guter Verfassung«, erklärte Firmenchef Frank Appel.

Neben dem Gewinn stiegen jedoch auch die Zahl der Beschwerden bei der Bundesnetzagentur. Wie die Behörde mitteilte, gingen von Januar bis Ende Juli 9.560 kritische Wortmeldungen ein – 43 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (6.700). Moniert wurden etwa

verspätete Pakete oder falsch zugestellte Briefe.

Bei den Beschwerden geht es um die gesamte Post- und Paketbranche, die Kritik richtet sich also auch gegen Konkurrenten der Deutschen Post. In den meisten Fällen geht es aber um das frühere Staatsunternehmen, das mit großem Abstand Marktführer in Deutschland ist.

Unterdessen legte auch der Post-Konkurrent DPD Zahlen vor. Die Tochter der französischen Post konnte den Angaben zufolge ihren Umsatz im ersten Halbjahr um 5,9 Prozent auf 904 Millionen Euro steigern. Dies lag an Preiserhöhungen und daran, dass die Firma Verträge mit margenschwachen Kunden gekündigt hatte. Pro Sendung wurde im Schnitt sieben Prozent mehr eingenommen.

(dpa/iW)

ANZEIGE

Etwas wärmer

Der britische Rockmusiker Noel Gallagher (52), ein eher stoisches Gemüt und wohl auch nicht die hellste Kerze im Leuchter, macht sich keine Sorgen um die Welt. »Die gibt es seit Millionen von verdammten Jahren, und die bleibt«, sagte der frühere Oasis-Gitarrist im *dpa*-Interview. »Es wird vielleicht etwas heißer. Und wir verlieren womöglich den Eisbären. Aber Sorgen um die Welt mache ich mir nicht.« Die aktuellen Entwicklungen in seiner Heimat beobachtet der »Brexiteur« skeptisch. »Wenn der »Brexiteur« kommt, wird es eine Zeit lang scheiße, das ist unausweichlich«, sagte er. »Aber ich glaube, irgendwann wird wieder alles so sein, wie es mal war.« Obwohl er gegen den »Brexiteur« ist, sei es nun Zeit, das Ergebnis des Referendums von 2016 umzusetzen. »In den drei Jahren, in denen über den »Brexiteur« gestritten wurde, hätten wir andere Dinge machen können«, sagte er. »Aber es wird schon werden. Ich mach' weiter mein verdammtes Ding. Ich schätze, alle anderen Leute gehen auch weiter zur Arbeit.« Mit seiner Band Noel Gallagher's High Flying Birds hat er gerade die neue Single »This Is The Place« veröffentlicht, am 27. September folgt die gleichnamige EP. (dpa/iw)

Die Stunde mit Richard Thompson

So war's auf dem »Cambridge Folk Festival« 2019. Von Frank Schwarzberg

RICHTER/GETTY IMAGES/CAMBRIDGE FOLK FESTIVAL



Nur echt mit Barrett: Richard Thompson

Supereil«, mit englischem Akzent gesprochen – so stellt uns der junge Steward am Eingang seine Deutschkünste vor, als er erfährt, woher wir kommen. Nachdem wir das Gelände des »Cambridge Folk Festival« betreten haben, sind wir in einer anderen Welt. Friedliebende, zumeist in Ehren ergraute Althippies (aber nicht nur, es sind alle Generationen vertreten) picknicken, lesen, dösen oder lauschen von ihrem Platz aus oder direkt vor den drei Bühnen dem Programm. Plastik ist verboten, Wasser kann an zahlreichen Stationen nachgefüllt werden. Süßlicher Duft ist wahrnehmbar, aber was vor allem in der Luft liegt, ist eine Sanftheit im Umgang, die sich unmittelbar überträgt. »Wir lieben es hier, wir kommen jedes Jahr«, strahlt eine reife Besucherin aus Durham in Nordengland, die mit uns dem virtuoseren Spiel von Kathryn Tickell auf den Northumbrian Pipes, einer eigenständigen Dudelsackvariante aus Northumberland, beiwohnt. Tickells Band steht für den traditionellen Folkanteil des Programms, den z. B. auch The Unthanks bedienen, deren Musik mir persönlich allerdings etwas zu steif ist.

Das Festival gibt es seit 1965. Der junge Paul Simon trat damals auf, 1.400 Besucher waren da, man spielte gerade so die Kosten wieder ein. Mittlerweile kommen jeden Sommer 14.000 Leute. Sie erleben zum Glück nicht nur reinen Folk. Lisa O'Neill aus Irland spielt je zur Hälfte Traditionals und eigenes Material. Mit Witz und kämpferischer Haltung haucht sie dem Genre neues Leben ein. Gruff Rhys aus Wales, mit großer Band angereist, unterläuft die Folkklischees, spielt und murmelt sich mit schwarzer Sonnenbrille durch abgehangene, lässig daherkommende, intelligente Popsongs. Das hat was. Am Freitag waren sicher für viele Calexico und Iron & Wine der Höhepunkt, und wir hätten uns am selben Tag auf jeden Fall von Mo Kenney aus Kanada und ihrem schnörkellosen Songwriterrock durchschütteln lassen. Doch da saßen wir noch im Zug.

Am Samstag abend gibt es mit Lucinda Williams, mittlerweile 66, den ersten Höhepunkt. Satt ist der Sound, brüchig, aber ungemein kraftvoll ihre Stimme. Das Publikum in Cambridge überschüttet Lucinda mit Liebe und trägt sie durch das Set. Natürlich gibt

sie alles zurück, wenn sie ihre Songs performt und dabei ihre Bandmitglieder lobend antreibt – Bob Dylans Starband wäre neidisch angesichts so viel positiver Verstärkung. Butch Nortons Schlagzeugsound brodeln, David Sutton macht irres Zeug mit der Bassgitarre, Stuart Mathis veredelt jede Strophe mit Licks, jeden Song mit seinen Soli. Die entfesselte Euphorie des Abends steht bei Lucinda im Dienste des Wunsches nach »freedom (in my life) ... peace ... hope ... love«.

Zweites Highlight des Wochenendes ist die Stunde mit Richard Thompson, dem großartigen Songwriter und Gitarristen, legendär als Wegbereiter des Folkrock in den späten 60ern und frühen 70ern mit Fairport Convention. Das von Sandy Denny geschriebene, wunderschön gesungene »Who Knows Where the Time Goes« spielt Thompson in Erinnerung an die Band; erstaunlich, wie sie damals als 20jährige so viel elegische Wehmut ausdrücken konnten. Aber auch Songs aus Thompsens Solorepertoire wie das Freiheitsmanifest »Beeswing« oder die tragische Liebes- und Motorradballade »Vincent 1952 Black Lightning«, die er gewiss

tausende Male performt hat, singt er so beseelt, dass Schmerz und Verlust unmittelbar nacherlebt werden können. Sein Gitarrenspiel, in Cambridge akustisch solo, ist ein Traum, sein trockener Humor unterläuft die enorme Direktheit seiner Texte. Er schließt mit »My Enemy« von 1992. Thompson singt: »At the end of the day / it's still too much effort / to hate.«

ANZEIGE

Gefangene haben keinen Zugang zum Internet!

Bitte spenden Sie die »junge Welt« an: Freiabonnements für Gefangene e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE02 1002 0500 0003 0854 00
Kennwort: »junge Welt«
www.freibabos.de



Foto: pfpgroup - stock.adobe.com

iw Shop



Wieder erhältlich!

»Losgelöst von allen Wurzeln ...«

Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten

Er war aus Tel Aviv eingeflogen, sie aus Hamburg angereist. Anlass war eine Begegnung zweier Generationen jüdischer Linker: Am 20. Oktober 2016 trafen sich die Musikerin Esther Bejarano, Jahrgang 1924, und der Historiker Moshe Zuckermann, Jahrgang 1949, in Berlin. *Melodie & Rhythmus* hatte das ehemalige Mitglied im Mädchenorchester von Auschwitz und den Sohn von Shoah-Überlebenden eingeladen. Es moderierte Rolf Becker. Mitschnitt auf DVD

»Losgelöst von allen Wurzeln ...«, Verlag 8. Mai, Laufzeit: 121 Minuten, 9,90 € (Artikelnr. für Suchmaske im Webshop: 768356)

Jetzt bestellen unter: www.jungewelt-shop.de

Müller, Müncheberg ■ Jubel der Woche. Von Jegor Jublimov

Ein Berliner Komiker, in den fünfziger und sechziger Jahren Publikumsliebhaber, wäre am Freitag 100 Jahre alt geworden. Vielleicht, weil er schon mit 60 starb, ist er heute fast vergessen. Dabei war der Mann mit dem volkstümlichen Namen Gustav Müller immerhin Nationalpreisträger! Der gebürtige Kölner, stattlich und mit einer opernreifen Stimme gesegnet, spielte zu Beginn der fünfziger Jahre in Westberlin in Willi Schäfers' Kabarett »Kadeko«, als der keine Gagen mehr zahlte. Geld für die Heimreise hatten Müller und seine Frau Anneliese nicht, so dass sie froh waren, dass Erich Brehm beide zu dem in Gründung befindlichen Kabarett »Distel« an den Bahnhof Friedrichstraße holte. Hier gehörte Müller für mehr als zwei Jahr-

zehnte zur Stammesbesetzung, spielte daneben in 22 Folgen der satirischen Kurzfilmserie »Das Stacheltier«, gab mit seiner Respekt gebietenden Erscheinung auch schon mal einen Brigadier oder gar Direktor im Defa-Lustspiel. Im Rundfunk und bald auch im Fernsehen der DDR moderierte er als Mikrofonist namens »Gustavchen vom Rhein« zusammen mit Heinz Quermann und Herbert Köfer die Unterhaltungsreihe »Dach der Bär«. Später war Müller auch noch mal im »Kessel Buntes« mit dabei.

Nur zehn Jahre jünger als Müller und doch bis in jüngste Zeit aktiv ist der Fernsehmoderator und Autor Hans Müncheberg, der am Freitag seinen Geburtstag begehen kann. Er hat ein Leben voller Widersprüche hinter sich, über das er bis 1990 öffentlich

schwieg, aber seine Erfahrungen seither als Zeitzeuge in Artikeln, Büchern und Gesprächen produktiv werden lässt. Das Verhängnis des Templiner Jungen war es, dass ihn seine Eltern 1940 auf eine »Napola«, eine »Nationalpolitische Erziehungsanstalt«, gaben, in der er zu einem glühenden Nazi erzogen werden sollte. Die Erlebnisse, die er als noch kindlicher Kämpfer in den letzten Kriegswochen machen musste, öffneten ihm die Augen. Nach dem Krieg war er entschiedener Antifaschist, konnte (nach Schwierigkeiten) ein Lehrstudium aufnehmen und fand im Praktikum zum *Berliner Rundfunk*. Dass es zum damaligen Fernsehversuchsprogramm kein kleiner Schritt war, erzählt Müncheberg, heute ein Pionier

des DDR-Fernsehens, in seinen autobiographischen Büchern. Er kam mit anderen Antifaschisten in Kontakt, konnte als Dramaturg mit Friedrich Wolf zusammenarbeiten. Doch als ihm anheimgestellt wurde, in die SED einzutreten, passte Müncheberg. Von da an wurde er kaltgestellt, konnte als Autor noch heitere Stoffe unterbringen, wie das Berlin-Stück »Nante junior« mit Willi Narloch. Doch dann folgte die Zusammenarbeit mit Anna Seghers: »Die große Reise der Agathe Schweigert« und »Das Schilfrohr« waren TV-Sternstunden! Stoffe von Günter Kunert und Jan Koplowitz schlossen sich an. Seit vielen Jahren ist Müncheberg ehrenamtlicher Archivar des DDR-Fernsehens, ein kenntnisreicher Sachwalter!

Aber, wie gesagt, naja

Slayer, Henry Rollins, Meshuggah und die 16 Kaufland-Kassen: Rückblick aufs 30. Wacken Open Air

Von Rüdiger Wartusch

Die Metalsister unter uns weiß es zuerst: »Möwen über Land – das gibt noch Gewitter!« Tatsächlich lässt himmlisches Grummeln die Veranstalter Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, die in der bunten Presse schon mal als »Evakuierung« durchgehen können. Aber zu mehr als einer halbstündigen Verzögerung hier und da lässt sich die Metalgilde dann doch nicht bequemen, denn es ist wieder mal Jubiläum in Wacken: stolze 30 Jahre Festival und entsprechend massig Programm. Zur Perlenschatz sind denn auch einige echte Perlen der Rockgeschichte angereist, die locker fünf Jahrzehnte repräsentieren; insgesamt 120 Bands aus aller Welt fegen im je eigenen Tempo über die mittlerweile zehn Bühnen des Festivals (wenn wir die Kirche, in der Uli Jon Roth aufspielt, mal nicht im Dorf lassen).

Zum Einstieg aber direkt mal das volle Brett: Slamming Brutal Death Metal präsentiert eine junge Truppe aus Aserbaidschan mit dem szenekompatiblen Namen Goat Ripper, und sie tut das mit löblicher Hingabe. Wenn dann wenige Bierlängen später Phil Mogg und seine alten Säcke noch mal ganz behutsam das fast schon antike UFO landen, fragt sich der Laie, ob das noch dieselbe Zielgruppe anspricht. Aber der Kenner weiß natürlich schon, dass UFO nicht zuletzt dank eines temporären Engagements von Michael



Gern auch mal negativ: »Kostümkünstler« am Wochenende in Wacken

Schenker seinerzeit die Rockmusik durchaus befruchtet haben; mutmaßlich ein Vierteljahrhundert bevor sich die Eltern der Ziegenschlitzer aus dem Kaukasus nähergekommen sind ... Noch früher und damals sicherlich flinker als heute stampften The Sweet über die Bühnenbretter. Ob die nun hierhergehören, sei dahingestellt; immerhin ist mancher Sweet-Song durch metallische Coverversionen geadelt, von Raven zum Beispiel, Nuclear Assault oder The Offspring. Und die Party mit wallenden Gewändern gibt doch einen fröhlichen Farbtupfer in der ja manchmal bärbeißig-raubauzigen Männerwelt der Metaldetektoren.

Zurück zum Jungvolk, das ironischerweise auf der neuen »History«-Stage spielt. Die ist aber aus Bühnenteilen der ersten Stunde zu-

sammengeschraubt und verschweißt somit die rohe Ursprünglichkeit der Vergangenheit mit der tonalen Zukunft des Metiers, sprich: den Gewinnern nationaler Metal Battles. Die machen unterschiedlich Eindruck. Die polnischen Groovepiraten Vane und die Wikinger von Varang Nord aus Lettland zum Beispiel fahren hart am Wind des Klischees. Wirtschaftlich wächst ja manche Sparte so rasant wie Nasenhaar im Alter; musikalisch scheint einigen Stilrichtungen dabei der Sp(i)rit auszugehen. Aber Nachahmer sind ja schon immer gut gefahren in unserem Business, und so gewinnen die Letten gar den Contest. Naja, Bands wie Facing the Gallows aus Südafrika, Athica aus Panama oder Awakening Sun aus Litauen stellen sich deutlich aufrechter dem internationalen Todeskampf, aber, wie gesagt, naja.

Natürlich ist auch im Jubiläumsjahr wieder alles dabei für Puristen, Nostalgiker, Freigeister und solche wie mich, die vor allem eins wollen, überrascht werden, gern auch mal negativ, solange es unterhaltsam ist. Manche, wir wollen Gloryhammer nicht nennen, zeigen sich mit ihrem Angebot zum Fremdschämen übertrieben großzügig, und die Grenzen der Toleranz werden auch von den Massen strapaziert, die zu den Mädchenmetallern Powerwolf oder den Stahlhelmduppen Sabaton strömen. Aber ein wenig dankbar ist man für jedes befreiende Gelächter. Zumal wenn man wie anschließend bei Tesseract oder gar Meshuggah nicht mehr aus dem Staunen rauskommt. Wenn wir allerdings vor zwölf Uhr unseren 80er-Heroen Queensrÿche textsicher zujubeln, geht das für manchen hier als senile Bettflucht durch.

Wir wollen den Tag nutzen: Frühstück mit Jinjer, Geisterstunde mit Hellhammer – niemandem dürfte da auffallen, dass es gar keinen Headliner gibt. Nicht, dass es an Namen gemangelt hätte: Was dem einen Testament und Anthrax, sind dem anderen Rose Tattoo und D-A-D. Oder Prong und Kvelertak. Nicht zu vergessen Slayer, mit ungewohnt emotionalen Momenten auf ihrer Abschiedstour. Einen schöneren Ort als Wacken kann man sich für die letzte Begegnung nicht vorstellen (ihr dürft trotzdem gern zum Rest der Tournee gehen). Und wie man's auf einem Festival richtig macht, zeigt einmal mehr Mikael Åkerfeldt

von Opeth, der seinen Fans aus der Seele spricht: »Wir haben jede Menge neue Songs, aber wir haben auch schon viel Alkohol getrunken, deshalb spielen wir lieber die alten Sachen.« Auch Krokus – die Schweizergarde des Gitarrenrocks, trotz drittem Gitarristen angenehm zahnlos – präsentieren all die Klassiker ihrer Anfangszeit. Und mit brüllend geistreichen Geschichten aus seiner bewegten Vergangenheit bedient Henry Rollins in seinen Spoken-Word-Auftritten jeden, der klug genug war, das nicht zu verpassen.

Wer mal was Neues ausprobieren möchte, kann sich lockern beim Metal Yoga, sich dem Seelsorger des Festivals anvertrauen oder der Gebärdendolmetscherin zusehen (das Zeichen für Wacken ist natürlich die Pommegabel). Dass wir hier nicht mitreden können, ist dem Übermaß an sonstiger Zerstreuung zuzuschreiben, woran auch der lokale Einzelhandel (allein Kaufland, das Edeka verdrängt hat, ist mit 16 Kassen auf dem Festivalgelände) eine Teilschuld haben mag. Die Angebotsvielfalt schlägt den Hungrigen mit melancholisch-müder Unentschlossenheit.

Und die Möwen? Tja, da war wohl doch nur ein Fischbrötchen wieder hochgekommen.

Zeitzeugin gestorben



CHRISTIAN MICHELLES/DEWIKIPEDIA.ORG/WIKI

Die Holocaustüberlebende und Buchautorin Schoschana Rabinovici (Foto) ist am 2. August im Alter von 86 Jahren in Tel Aviv gestorben. Dies bestätigte am Montag ihr Sohn, der Autor und Historiker Doron Rabinovici. Eine Sprecherin des »Republikanischen Clubs« in Wien sagte, sie sei am Sonntag in der israelischen Küstenstadt neben ihrem Mann beerdigt worden. Doron Rabinovici ist einer der Sprecher des Vereins gegen Antisemitismus und Rassismus. Zuerst hatte Spiegel online über Rabinovicis Tod berichtet.

Suzanne-Lucienne (Schoschana) Rabinovici hat ihre Geschichte unter dem Titel »Dank meiner Mutter« veröffentlicht. Sie wurde 1932 in Paris geboren und kehrte 1937 mit ihren Eltern ins heimliche Wilna (Vilnius) zurück. 1943 wurde sie zusammen mit ihrer Mutter ins Konzentrationslager Kaiserwald gebracht und 1944 ins Konzentrationslager Stutthof bei Danzig verlegt. Beide überlebten einen Todesmarsch im Februar 1945 und wurden im April von der Roten Armee befreit. 1950 wanderten Mutter und Tochter nach Israel aus. Die Autorin lebte später als Physiotherapeutin in Wien.

Im Zeitzeugenprojekt »Die letzten Zeugen« des Wiener Burgtheaters von 2013 berichtete sie von ihren Erfahrungen während des Holocaust. Die Inszenierung stammte von Regisseur Matthias Hartmann und von Rabinovicis Sohn Doron. Sie erzählte unter anderem, wie ein Vater das eigene Baby erstickte, damit es nicht mit seinem Schreien die SS auf die Menschen in einem Ghetto-Versteck in Wilna aufmerksam machte. Obwohl sie erst elf Jahre alt war, gelang es ihrer Mutter, sie bei der Selektion im Konzentrationslager auf die Seite der »Arbeitsfähigen« zu schleusen. (dpa/iW)

Flüchtiger Blick zurück

Von Andreas Paul

für Eberhard Havekost

Ganz unerwartet nahm ihn ein schneller Tod
Hinüber in die tiefere Dimension
Sein Werk jetzt rückwärts aufzudröseln
Über die Zeit zwischen Trend und Bildern

Erhellet eventuell eine Heimstatt
Die uns vor zwanzig Jahren abhanden kam
Im Zug von stylen Goaparty
Randständig angepflockt, ohne Navi

Vor seiner Bilder kühlem, entrücktem Blick
Wie um ihn festzusaugen, den Passagier
Lässt's den Betrachter innehalten
Weit über Bord des brutalen Endes

Die Trauergäste kann ich hier nicht chauffieren
Zu viele sinds, mein Fahrzeug macht leider schlapp
Wenn ich zum Rand beordert werde
Müßigen Ganges zu müd bemüßigt

Noch jede Kunst wird Ware im Kassenkampf
Und auch den Künstler selber misst man nach Wert
Der Kunstmarkt ist ein scharfer Fleischwolf
Jeden Geschmackes anheim zu feiern

Verswinden nimmt im Rieseln der Sanduhr Platz
Ein blinder Seher dreht die zur guten Stund
Man muss sich an die Oberfläche
Sicher doch: »binden«. Genau so ist es.

Die Verlag 8. Mai GmbH sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

Kulturredakteur/in (m/w/d) in Voll- oder Teilzeit

Schwerpunkt der Arbeit ist die kreative Mitwirkung bei Konzeption und Erstellung der Quartalszeitschrift *Melodie & Rhythmus*.

Erwartet werden

- Erfahrung beim Verfassen bzw. Bearbeiten redaktioneller Beiträge
- Beherrschung wesentlicher journalistischer Darstellungsformen
- Professionalität beim Lektorat und Korrektorat von Texten
- Sicherheit bei der Recherche
- gute bis sehr gute Englischkenntnisse

Erwünscht sind

- Allgemeinkenntnisse in den Bereichen populäre Musik, politischer Film, politische Literatur und politisches Theater sowie bei aktuellen Entwicklungen und Trends auf dem Kunst- und Kulturmarkt
- besondere Kompetenzen auf mindestens einem Spezialgebiet
- politische Bildung und Kenntnis aktueller linker Diskurse
- Zuverlässigkeit, präziser Arbeitsstil, Organisationstalent, Teamfähigkeit und Flexibilität

Aussagekräftige Bewerbungen mit Arbeitsproben bitte an:

bj@jungewelt.de oder Verlag 8. Mai GmbH, Bewerbung M&R-Redaktion, z. Hd. Brigitte Jelkmann, Torstr. 6, 10119 Berlin

Mai 1969: Barbusige Kommilitoninnen attackieren den in seinen aktionsfeindlichen Theorien verlorenen Adorno mittels nackter Praxis. Im *Spiegel*-Interview kurz darauf antwortet Adorno auf das Eröffnungsstatement »Herr Professor, vor zwei Wochen schien die Welt noch in Ordnung ...«: »Mir nicht.«

Darüber nachgedacht, wie die Welt in Unordnung geraten war und wie die Musik dazu spielt, hatte Adorno kaum erst seit der Machtübertragung an Hitler. »Eigentlich«, schreibt er, »müsste ich den Faschismus aus der Erinnerung meiner Kindheit ableiten können. Wie ein Eroberer in fernste Provinzen, hatte er dorthin seine Sendboten vorausgeschickt, längst ehe er einzog: meine Schulkameraden. (...) Der Ausbruch des Dritten Reiches überraschte mein politisches Urteil zwar, doch nicht meine unbewusste Angstbereitschaft (...). Die fünf Patrioten, die über einen einzelnen Kameraden herfielen, ihn verprügelten und ihn, als er beim Lehrer sich beklagte, als Klassenvertreter diffamierten – sind es nicht die gleichen, die

Dezember 1784: Die Frage der *Berlinischen Monatsschrift* »Was ist Aufklärung?« beantwortet Kant mit der Konjunktur des Vermögens, »sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen«. Des wohlgerückt »von Vernunft geleiteten Verstandes«. Am Horizont irrlüchtet das Bild einer selbstbestimmten Menschheit, einer von Angst befreiten, aufgeklärten, hellen Welt. Goethes Faust drängt es, »das herrische Meer vom Ufer auszuschließen, der feuchten Breite Grenzen zu verengen«. Friedrich Wilhelm Herschel, Á-la-mode-Komponist und Astronom am englischen Hof zu Windsor, entwickelt ein 40 Fuß langes Riesenteleskop, mit dem er den Himmel durchmustert. Joseph Haydn macht sich 1792 auf, einen Blick ins jetzt weit sich öffnende Firmament zu tun; fasst, erschüttert, den Plan zum »Schöpfungs«-Oratorium. »Ich war nie so fromm, als während der Zeit, da ich an der »Schöpfung« arbeitete«, sagt Haydn später. – Auf der Rückreise von London trifft er in Bonn den 22-jährigen Beethoven, Kant-Leser und engagierten Beobachter der französischen Zustände, und akzeptiert ihn als Schüler.

man sich, siehe Faust, untertan machen wollte. De Sades »Juliette«, die »Vorteile des Lasters« konsequent demonstrierend, habe, schreiben Adorno und Horkheimer, »die Wissenschaft zum Credo«. »Scheußlich« sei ihr »jede Verehrung, deren Rationalität nicht zu erweisen« sei. Wie etwa »der Gehorsam gegen die Gebote, der Vorzug des Guten vor dem Bösen, des Heils vor der Sünde«.

Schicksal Odysseus'

Auf dieser Spur vorwärts und immer weiter treiben Adorno und Horkheimer ihre Analyse, registrieren Wetterleuchten und aufflatternde Nachtgestalten im Reich der zweiten Natur, der Ökonomie und Gesellschaft: »Die Formalisierung der Vernunft ist bloß der intellektuelle Ausdruck der maschinellen Produktionsweise«, sagen sie. Oder: »Die entfesselte Marktwirtschaft war zugleich die aktuelle Gestalt der Vernunft und die Macht, an der Vernunft zuschanden wurde.« Schließlich: »Die privaten Laster sind bei de Sade (...) die vorwegnehmende Geschichtsschreibung der öffentlichen Tugenden der totalitären Ära.« Kalt ist es in die-

Herrschaft das Ziel. List und Betrug sind die Mittel. – Den Zyklopen Polyphem hintergeht Odysseus durch Selbstverleugnung; den Verführungen Kirkes entgeht er durch Triebverzicht; den Lotophagen, deren Lotospespe Vergessen verheißt, widersteht er vor dem Hintergrund der verplanten Zukunft, der Heimkehr nach Ithaka. Den Lockungen der Sirenen aber, ihrem Gesang, der musikalischen Manifestation mythisch übermächtiger Natur, hält Odysseus stand dank der berühmten Maßnahmen: An den Mastbaum des Schiffes lässt er sich fesseln, den rudern den Gefährten die Ohren mit Wachs verstopfen. So gewappnet setzt er sich aus und behauptet sich selbst. – Kirke ja hatte ihn vorgewarnt: Den Sirenen, diesen mächtigen Sängerinnen, sei alles bekannt. »Alles, was irgend geschieht auf der lebenschenkenden Erde!« Der aber, »welcher mit törichtem Herzen hinanfährt und der Sirenen / Stimme lauscht, dem wird zu Hause nimmer die Gattin / Und unmündige Kinder mit freudigem Gruße begegnen«. – Odysseus reagiert weisungsgemäß: »Heißes Verlangen / Fühlt ich, weiter zu hören, und winkte den Freunden Befehle / Meine Bande zu lösen; doch hurtig ruderten



Eine lebenslange Freundschaft – Max Horkheimer und Theodor W. Adorno (r.) am 1. April 1964 beim Soziologentag in Heidelberg

Gefangene folterten, um die Ausländer Lügen zu strafen, die sagten, dass jene gefoltert würden? (...) Haben sie nicht grinsend und verlegen den jüdischen Schutzhäftling umstanden und sich mokiert, wenn er allzu ungeschickt sich aufzuhängen versuchte?«

Triumphales Unheil

Die traumatisierende Vorahnung aus Kinderzeiten – inzwischen als politischer Dauerzustand realisiert – notierte Adorno 1935, während der ersten Etappe seiner Emigration, in England. 1938 kommt Adorno nach New York, dem seit längerem schon (unter Max Horkheimers Leitung) aus Frankfurt emigrierten »Institut für Sozialforschung« hinterdrein; ab 1941 ist er schließlich in Los Angeles. Die zwischen 1939 und 1944 verfasste »Dialektik der Aufklärung« samt der in ihrem Kontext ankernden »Philosophie der neuen Musik« (1940/47) leuchten den verschlungenen Unheilsweg der europäischen Vernunftgeschichte aus. Gemeinsam mit Horkheimer analysiert Adorno, warum das von Kant seinerzeit ausgerufen »Projekt der Aufklärung«, deren Ziel es war, per selbstbestimmter Vernunft »von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen«, im Faschismus endete; warum die »vollends aufgeklärte Erde (...) im Zeichen triumphalen Unheils« erstrahlt.

Was aber geschieht, wenn die Vernunft in Schlaf versinkt, wenn sie träumt? Francisco Goya hat diese Vision kurz darauf in einem seiner »Caprichos« ins Bild gefasst: der Radierung »El sueño de la razón produce monstruos« (Der Schlaf bzw. Traum der Vernunft gebiert Ungeheuer). Hinter dem an seinem Pult in Schlaf gesunkenen Künstler steigen Nachtgestalten auf, Dämonen, Katzentiere, Fledermäuse, Eulen. Aggressiv, lauernd. Sind es Produkte der – hinter dem Rücken der im Schlaf stillgestellten Vernunft – sich regenden Phantasie? Oder, um die andere Bedeutung von »sueño« beim Wort zu nehmen: Träumt die Vernunft selbst ihre Ungeheuer?

Zur gleichen Zeit schleift Marquis de Sade die Vernunft zum zweiseitigen Instrument, zeigt ihre Potenz »bis in alle Einzelheiten«, stellt ihre Tauglichkeit zur Kalkulation, zur Planung unter Beweis; demonstriert ihre »Neutralität gegen Ziele«. So die These von Adorno und Horkheimer. Im Kapitel »Juliette oder Aufklärung und Moral« der »Dialektik der Aufklärung« diagnostizieren sie, wie es mittels einer instrumentellen, sich selbst nicht bedenkenden Vernunft um diese bestellt ist: »Da die Vernunft inhaltliche Ziele (...) als Beinträchtigung ihrer Selbstgesetzgebung entlarvt, steht sie, formal wie sie ist, jedem natürlichen Interesse zur Verfügung. Das Denken wird völlig zum Organ, es ist in Natur zurückversetzt.« Und ist damit ebenso inkalkulabel wie jene erste, die

ser geschichtlichen Landschaft, die sich im Zeichen irrationaler Rationalität und Entfremdung besiegelt und verriegelt. Und »Kälte« bestimmt Adorno später in seiner »Negativen Dialektik« als jene Temperatur der bürgerlichen Gesellschaft, die Auswitz erst möglich gemacht hat.

Die Erfahrung »schicksalhaften Verschlagen-seins«, von der schon die antiken Mythen erzählen, war in den Emigrantenkreisen an der Tagesordnung. Adorno landet, die Vernunftgeschichte rückwärts durchspielend, bei Homers »Odyssee«, die er zum »Urtext der abendländischen Zivilisation« erklärt, insofern sie besagte Geschichte in mythischen Szenen mit Variationen entrollt. In Los Angeles, 1944, folgt Adorno den Spuren des »vielerfahrenen Dulders« Odysseus, reflektiert dessen Irrfahrten (zwischen Troja und Ithaka) durch den von mythischen Gestalten bevölkerten Raum: »Der zitternde Schiffbrüchige nimmt die Arbeit des Kompasses vorweg. Seine Ohnmacht, der kein Ort des Meeres unbekannt mehr bleibt, zielt zugleich auf die Entmächtigung der Mächte.« Zwischen dem entwurzelten Emigranten Adorno und dem irrfahrenden Odysseus scheinen die Vibrationen des ständig alarmbereiten Nervensystems seismographisch zu vermitteln.

Den Kampf mit den antiken Übermächtigen, sie bedrohen ihn mit Tod oder Selbstverlust, besteht Odysseus dank präzise-kalkulierender Strategien. Davonkommen, Selbsterhaltung ist die Devise.

diese.« – Im Konzertbesucher, der, in seinen Sessel gebannt, die wechselnden Spektakel des Musikbetriebs vor sich abrollen lässt, erkennt Adorno das späte, verblasste Nachbild der frühen Verhältnisse.

Gedächtnis der Kunst

Der mythische Allwissenheitsgesang der Sirenen, der die Sehnsucht nach Selbstvergessenheit provoziert, wird, so Adorno in der »Dialektik der Aufklärung«, in »aufgeklärter« Zivilisation »entmächtigt« zur Kunst – die ihrerseits, wenn auch entzaubert jetzt, als virtuelles Depot geschichtlicher Erfahrung funktioniert; mit ihren inkalkulablen Mitteln aufhebt, »was irgend geschieht«. Der präzise historische Index von Erfahrung und Erinnerung (der geheilten Selbstvergessenheit) ist jetzt, versteht sich, vorausgesetzt. – Robert Schumann, sagt Adorno, habe ihn für die Musik entdeckt, den »Gestus des sich Erinnerns, nach rückwärts Schauens und Hörens«. Erinnerung, die sich hören lassen kann, bedarf des behutsamen Nachzeichnens jener von der Geschichte geprägten Lineaturen. »Erinnerung«, heißt ein Stück aus Schumanns »Album für die Jugend« (dem Gedächtnis des Freundes Felix Mendelssohn Bartholdy gewidmet). Adorno hat es mit fünf weiteren »Album«-Stücken für Orchester gesetzt und unter dem Titel »Kinderjahr« zusammengefasst, 1941, in der Emigration. Instrumentation, wie sie im Kreis der Zweiten

De Sire trotz

Kunst zwischen
Verklärung. V
starrb Theod
Von Elvi

Wiener Schule, Adornos kompositorischer Lehranstalt in den 1920er Jahren, praktiziert wurde, galt laut Adorno, als »Hörbarmachen der subkutanen Struktur«. Mit allem, was dazugehört. Dem Entbinden von Tonfällen etwa, dem Nachzeichnen von Gesten, der Mobilisierung der historischen Musiklandschaft. In Adornos Schumann-Fall: Die wie erinnernde, wie zum Erzählen anhebende Gebärde ausinstrumentierend, wird das zu Erzählende aufgeteilt, dynamisiert, farblich nuanciert; wird mehreren Stimmen charakteristisch und wie beschwörend anvertraut. Schumann, so verwandelt, rückt nahe, bleibt nicht länger interniert hinter dem geschichtsneutralisierenden Grenzwall, wie ihn ein säuberlicher Epochenkatalog anpreist. – Anders der Versuch, Erinnerungen als »Besitz« zu reklamieren, sie stillzustellen. Dann, so Adorno (in den »Minima Moralia«), sei es schon um sie geschehen. »Gerade wo sie beherrschbar und funktibel werden, wo das Subjekt ihrer ganz versichert sich meint, verschießen die Erinnerungen wie zarte Tapeten unterm grellen Sonnenlicht.« Philosophische Reflexionen und musikalische Praxis während der Emigration. Zeitgemäß odysseeische Verhält-

Schwächen man sich erst viel später zu bemerken gestattete.« – Wir lernen immerhin: Opfer ist nicht gleich Opfer. Und dass die unliebsamen selber schuld sind.

Philosophie der neuen Musik

Wie sich innerhalb der Geschichte der Musik die Dialektik zwischen mythischem (Sirenen-)Erbe und rationalen Strategien bewegt, untersucht Adorno in seiner Musikphilosophie. Er beschreibt, wie die Tonalität sich als System etablierte, wie ihre Politik die Beziehungen zwischen stark und schwach regulierte und legitimierte, wie sie als Ordnungsmacht fraglos akzeptiert und als »Natur« verklärt wurde. Wie, Anfang des 20. Jahrhunderts, Arnold Schönberg dem lange mühsam in Zaum gehaltenen »Triebleben der Klänge« nachspürte, ihrer Entfesselung Vorschub leistete und die tonale Hierarchie zugunsten der Gleichberechtigung der Töne und aller Beziehungen zwischen ihnen liquidierte. – Die dergestalt zur Atonalität befreite Tonalität aber habe es in dieser Freiheit nicht lange ausgehalten. Sie floh vorwärts in die

sal-Ablauf-Plans: der garantierten Höllenfahrt, Vision Deutschlands, das eben in die finale Phase stürzte. Allerdings ist der Mannsche Faust, anders als seine sagenhaften Ahnherren, Komponist. Sein faustisches Streben gilt der Musik als »dämonischem Gebiet«, als »berechnendster Ordnung und chaoträchtiger Wider-Vernunft zugleich«. Das klingt wie die poetische Übersetzung von Adornos Diagnose der Dialektik der musikalischen Aufklärung (mit Schönberg als Fluchtpunkt), und ist es auch. Kein Wunder also, dass Thomas Mann sich Adorno als Helfer zur präzisen Imagination der faustischen Kompositionen engagiert, seinen Faust am (immerhin locker gespannten) Schnürchen der »Philosophie der neuen Musik« führt.

Freilich lagen Welten zwischen Thomas Manns musikalischen Lieben und Adornos Musikphilosophie. Manns chronische Passion war die Musik Richard Wagners, von der es jetzt, zumal dank ihrer Kompromittierung als Begleitmusik des »Dritten Reichs«, Abschied zu nehmen galt. Schon 1934 notierte Mann: »Die ganze nationalsozialistische ›Bewegung‹ einschließlich ihres Erweckers, ist ein wahres sich Sielen des deutschen Gemütes in der

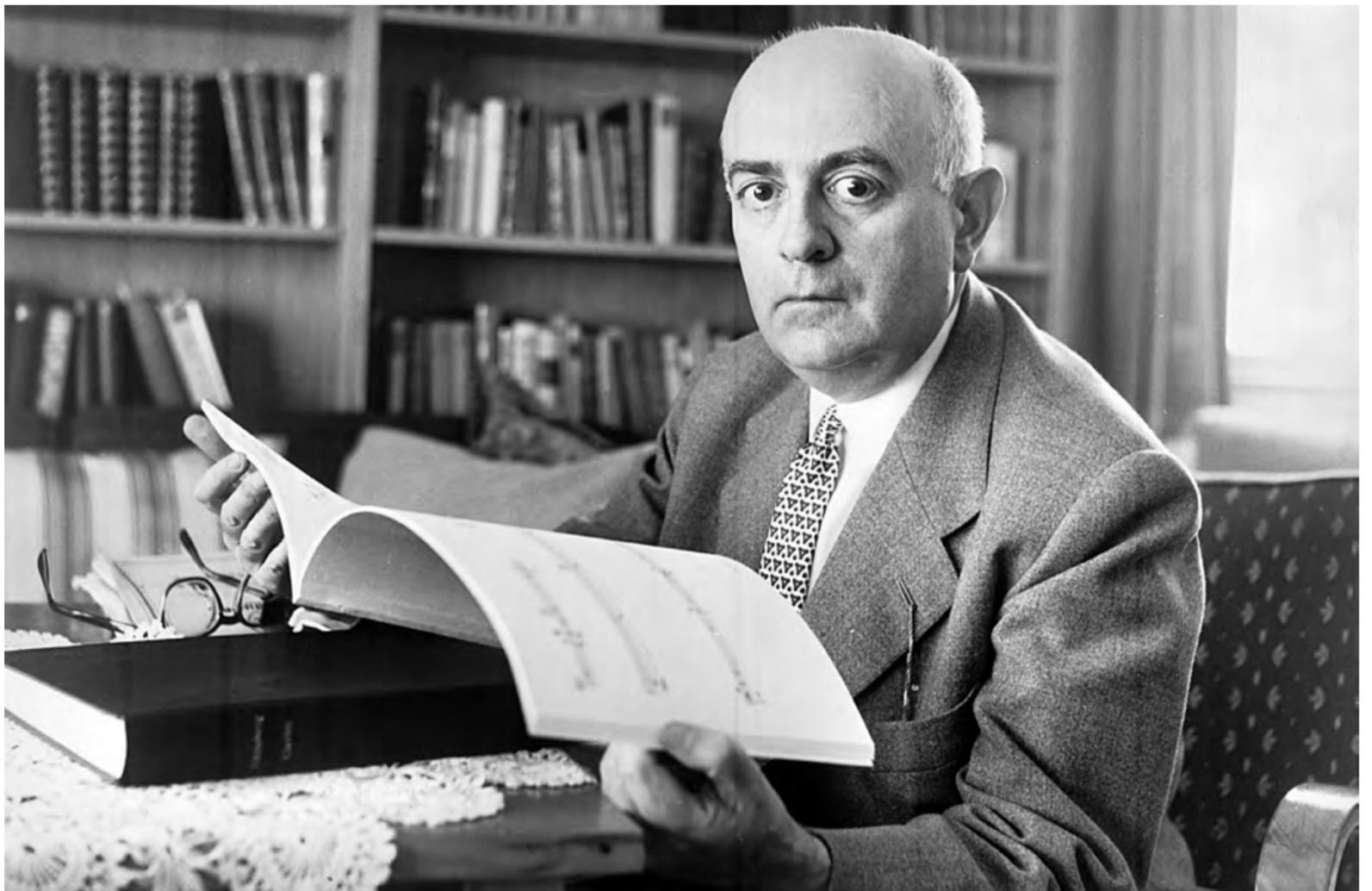
mag. Sei es der Gral im »Parsifal«, oder, wie in den »Meistersingern«, die Vision eines intakten Kollektivs von, so Adorno, »Archetypen der Bürgerlichkeit«, mitsamt deutscher Kunst und deutschem Reich. Die konkrete Geschichte jedenfalls hatte ausgespielt. Und somit liegt Wagners Werk zu zeitlosem, auch faschistischem Gebrauch allzeit bereit. – Bleibt abzuwarten, wann die deutschen »Identitären« sein Potential als Stimmungsmusik entdecken.

Heimkehr?

1949 reist Adorno erstmals wieder nach Deutschland. Im Gepäck: Unerledigtes über Beethoven, musikalische Reproduktion, den Benjamin-Nachlass usw. usw. In Briefen berichtet er den drüben Gebliebenen von der Atmosphäre des »eigentlich Amorphen, Ungreifbaren, Gestaltlosen« im verwüsteten Land. »Wie schwer ist es«, schreibt er, »in einer Umwelt sich zurechtzufinden, in der man auf seine Nerven angewiesen ist, während es des lie detectors (Lügendetektor, jW) bedürfte, der doch selber ein Stück des Grauens ist.« Denkt er an etwas wie »Heimat«, dann wohl ehestens in

en nen zend

en Vernunft und
Vor 50 Jahren
or W. Adorno.
ra Seiwert



Verbindung von Philosophie und Musik – Adorno beim Notenlesen (Aufnahme von 1960)

nisse. – Die Mahnung von Adornos Lehrer Alban Berg, der dem seinerzeit frisch in Philosophie promovierten 22jährigen geschrieben hatte: »Eines Tages werden Sie sich, da Sie doch einer sind, der nur aufs Ganze geht, für Kant oder Beethoven entscheiden müssen«, ist Geschichte.

Peter Sloterdijk, Schönschreiber und elegantes Sprachrohr des Zeitgeistes, behauptet 2009 »Ungereimtheiten, die Adornos und Horkheimers ›Dialektik der Aufklärung‹ in das Sirenen-Kapitel der Odyssee hineinlas, um aus dem griechischen Seefahrer einen triebunterdrückten Bourgeois zu machen, der überdies umgehend zum Prototypus des europäischen ›Subjekts‹ avanciert« und fährt fort: »Mit Beklemmung denkt man an die Zeit zurück, in der solche Plumpeheiten einer Generation jüngerer Intellektueller als Nonplusultra des kritischen Denkens erschienen.« Von der Pose beklommenen Kopfschüttelns zu ausgespochener Häme, die der Motor des Ressentiments bedient, ist es nicht weit. Sloterdijk weiß, wie er sagt, von Kabbalen und Intrigen und Menschenopfern im Frankfurter Institut für Sozialforschung in den 1960er Jahren. »Außer den direkten Opfern (...) gab es praktisch niemanden, der seinerzeit bemerkt hätte, was diese Akteure«, Adorno und Horkheimer sind gemeint, »sich erlauben konnten, moralisch gedeckt durch ihren Opferstatus, intellektuell gesichert durch ihre Stellung auf den Kommandohöhen von Theoriekonstrukten, deren

Ordnung, in ein Halt versprechendes System, das der Zwölftontechnik. Hoffend, sicherheitshalber, auf radikale musikalische Naturbeherrschung – mit dem bekannten Ausgang. (Stichwort von eben aus der »Dialektik der Aufklärung«: »triumphales Unheil.«) Denn, so Adornos Diagnose später, in den 1950er Jahren: Sie, die ehemals »neue« Musik, alterte, ihr verstörender Impuls verebbte. Sie stabilisierte sich, veranstaltete ein Großreinemachen und eine radikale Säuberung. Schlacken, Rückstände (wie Sprachähnliches, Mimetisches), welche die sich systematisch zuspitzende Zwölftontechnik »verunklaren« könnten, wurden beseitigt. (Marquis de Sade, siehe oben, lässt grüßen.) Wozu solche konsequent »gereinigte Musik« noch da sei? Adorno, die Dialektik der Aufklärung weiterdenkend, notiert: »Der Kultus der Konsequenz terminiert im Götzendienst.« Der bekannte Reigen von Aufklärung und Rückfall in Mythologie dreht sich, »immerzu«.

Nahe Los Angeles, in nachbarschaftlichem Umgang mit Adorno und Horkheimer, arbeitet Thomas Mann seit 1943 am »Doktor Faustus«, dem »Roman meiner Epoche« (wie er selber sagt), »verkleidet in die Geschichte eines hoch-prekären und sündigen Künstlerlebens«. Als typisch deutsche »Verkleidung« galt Thomas Mann die des auf Beherrschung der Natur und ihrer Geister spekulierenden Faust. Brandaktuell erschien sie Thomas Mann wegen des vom Faust-Mythos diktierten Schick-

mythischen Jauche.« Adorno dagegen, das wusste Thomas Mann, war der »radikal modernen« Musik verpflichtet. »Wie kommt es aber«, fragt sich Mann, »dass dieser ›Radikalismus‹ (...) mit dem stärksten Sinn für Tradition (...) einhergeht? Was er etwa gegen Wagner auf dem Herzen hat (...), ist nicht so sehr dessen Romantismus, seine Schwelgerei (...) oder seine Demagogie. Es ist vielmehr dies, dass er sehr oft ganz einfach ›schlecht komponiert‹.«

Adornos Wagner-Kritik, in der Hauptsache in den Jahren 1937/38 formuliert, zielt auf Wagners Korruption der musikalischen Produktivkräfte. Deren Vermögen – in Gestalt motivisch-thematischer Arbeit – war im Laufe der bürgerlichen Musikentwicklung derart angewachsen, dass die etablierten Formverhältnisse zunehmend in Schwierigkeiten gerieten; der Spannungsausgleich zwischen musikalisch einzelndem und der integrierenden Gewalt der Form (Hegels Gebetsmühle dreht sich auch in der Musik) problematisch wurde. Beethovens radikal-identitätskritische Dynamisierung jedes einzelnen, die Brahms zuspitzte, Schönberg vollstreckte, wurde von Wagner verraten. Der setzte, statt auf Erhellung des in die Krise geratenen Ganzen, auf dessen (von Marx zur gleichen Zeit als Warenstrategie entlarvte) phantasmagorische, ja, rauschhafte Verklärung. Im Rausch verliert sich die Trennschärfe, triumphieren die Sirenen, homogenisiert sich ein »Urgrund«, dem alles und jedes entsteigen

den Kategorien von Schuberts Musik, die sie nur als (negativ-utopisch) »erinnerte« kennt, oder der »Dialektik der Aufklärung«, als »Entronnensein«. (Dass sie, wie heute, als volkstanzend-folkloristische Veranstaltung im eigens gegen irrfahrende Fremde und zur Beschwichtigung fremdenfeindlicher Einheimischer erfundenen »Heimatministerium« verwaltet würde, ist ein damals allenfalls von Kafka vorgeträumter Alptraum.) – 1968 fragt Adorno im Kreise vertraut gebliebener SDS-Studenten verstört: »Sagen Sie, werden Studenten heute schon wieder gefoltert?« Da ist es wieder: das alte Trauma. Hinter dem Traum vom Heimgekehrte sein.

■ Elvira Seiwert ist freie Autorin und Privatdozentin in Berlin mit jahrzehntelanger Hörfunk- und Hochschularbeit, insbesondere im Zeichen einer Archäologie der Hör- und Reproduktionsgeschichte von Musik. Von ihr erschien zuletzt: Enthüllungen. Zur musikalischen Interpretation im Zeitalter ihrer technischen Reproduzierbarkeit. Zu Klampen, Springe 2017.

■ Lesen Sie morgen auf den iW-Themaseiten:

Roter Stern über Österreich – die Zeit der sowjetischen Besatzung

Von Christian Kaserer



Existentialismus

Als Existentialismus bezeichnet man eine Strömung der Philosophie, die im Kern von dem Anliegen bestimmt ist, den Menschen nicht von einer theoretisch-begrifflichen Definition seines Wesens aus zu erfassen (zum Beispiel als Vernunftwesen), sondern statt dessen von seiner je individuellen Existenz, seiner Erfahrung und seinem Handeln als Grundlage auszugehen, da nur das seiner radikalen Freiheit gerecht werde. »Die Existenz geht der Essenz voraus«, formuliert das wohl am prägnantesten Jean-Paul Sartre als einer der prominentesten Vertreter des Existentialismus.

Als Wegbereiter oder erster Vertreter dieser Strömung gilt der fundamentalistische Protestant Sören Kierkegaard, dessen Schriften in den 1920er und 1930er Jahren zur philosophischen Mode wurden und auch den Nazi Martin Heidegger bei der Ausarbeitung seiner sogenannten Existenzphilosophie inspirierten. Heidegger wiederum wurde dann zu einem wichtigen Bezugspunkt der französischen Nachkriegsphilosophie, vor allem um den linksradikalen Starintellektuellen Sar-

tre und die sozialistische Feministin Simone de Beauvoir. Hier wurde dann auch das kulturindustrielle Klischee von den Existentialisten geprägt, die in schwarzen Rollkragenpullovern schwermütig durch die Cafés streifen, wo sie rauchen und sich über Grundsätzliches austauschen.

Allein die Verschiedenheit seiner prominente Vertreter zeigt, dass der Existentialismus kaum eindeutig einem politischen Lager zuzuschlagen ist (es ist auch schwer, ihn inhaltlich zum Beispiel von der Phänomenologie oder anderen philosophischen Strömungen der Zeit abzugrenzen). Was ihn zusammenhält, ist vermutlich am ehesten eine Art Sound oder Jargon: Es geht viel um Angst, Tod, Dasein, Verzweiflung, das Absurde und radikale Freiheit, die gern am Beispiel des Selbstmords versinnbildlicht wird.

Es ist kein Zufall, dass Zeiten der Hochkonjunktur des Existentialismus mit Phasen der Enttäuschung über ausgebliebene soziale Umwälzungen zusammenfallen – Deutschland nach dem Scheitern der Novemberrevolution und Frankreich in den Jahren des Gaullismus. Im Wikipedia-Eintrag zu Kierke-



Der linke Flügel des Existenzialismus: Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre während der Feierlichkeiten zum sechsten Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas am 1. Oktober 1955 in Beijing

gaard findet sich der fast schon komische Satz: »Kierkegaards Leben ist arm an äußeren Ereignissen, dafür jedoch reich an inneren Konflikten.« Dieses

Nebeneinander von äußerem Stillstand und innerer Rastlosigkeit, das für philosophische Romantik allgemein gelten mag, ist in diesen Zeiten unter Intel-

lektuellen besonders weit verbreitet. Je kleiner die praktisch-gesellschaftlichen Spielräume, desto größer die Fragen, die diejenigen sich stellen, deren Denken deswegen erzwungenermaßen »freidreht« und zwischen Voluntarismus und Resignation hin- und herschwankt. So hat es schon fast etwas Beschwörendes, wenn Sartre mit tiefsinnigem Bombast die Plattitüde auswalzt, »der Mensch (sei) zuerst ein Entwurf, der sich subjektiv lebt, anstatt nur ein Schaum zu sein oder eine Fäulnis oder ein Blumenkohl«. Und auch in Albert Camus' berühmtestem Diktum, nach dem wir uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen mögen, ist diese Spannung erkennbar: In Ermangelung wirklicher Gestaltungsspielräume wird gerade daraus heroisierend Kapital geschlagen, dass man trotz resignierender Einsicht in die (ins Ontologische überhöhte) Absurdität der Umstände voluntaristisch zur sinnlosen Tat schreitet (oder, im Falle des Existentialismus zutreffender, darüber schreibt).

Selbst wenn man der Meinung sein kann, dass dies unter bestimmten konkret-gesellschaftlichen Umständen zu bewundernswerten Handlungen inspirieren kann, wenn man zum Beispiel mit einem kleinen Boot versucht, dem Massensterben auf dem Mittelmeer einige Leben abzurufen, nur um sich dann der Übermacht von (wahlweise) rassistischer oder zynisch-abweisender Grenzschießungspolitik gegenüberzusehen – als politisch-philosophische Grundeinstellung zur Gesellschaft als etwas grundlegend zu Veränderndem ist es weder hilfreich noch überzeugend.

Niklas Sandschnee

Medien

NACHSCHLAG

■ **Europa heute** | Di., 9.10 Uhr, DLF
Brüsseler Popkultur

Schaulaufen vor Flinten-USchi. Die Kandidaten für die EU-Kommission stellen sich im Laufe der Woche der designierten Präsidentin Ursula von der Leyen vor. 20 Minuten Zeit bekommen die Anwärter für die heiß ersehnten, hoch dotierten Beamtenplätze – im Speeddating zur gesicherten Rente. Aus der Juncker-Kommission möchte Margrethe Vestager erneut mitmischen, Justizkommissarin Vera Jourova aus Tschechien und die Bulgarin Marija Gabriel, die bislang für »digitale Wirtschaft« – Amazon und Co. – zuständig war. Auch Junkers Chefsprecher Margaritis Schinas will im Klub bleiben. Wie sein ehemaliger Vorgesetzter ist er bekannt für seine »schnippische Art«, berichtet der *Deutschlandfunk*. »Auf die Frage nach Wegen, das Brexit-Austrittsabkommen aufzuschneiden, erinnerte er auch schon mal an einen Song der Spice Girls: »We expect the British government to say what they want, what they really really want.« Das EU-Parlament muss die Kommission noch als Ganzes bestätigen. Andernfalls macht Juncker einfach weiter – so sehen es die Regeln vor. (SZ)

VORSCHLAG

■ **Vom Bauen in den Bergen**

Schon etwas älter, diese Doku, und der Klimawandel ist noch nicht richtig abgedeckt: Dennoch interessant, wie in schwierigem Terrain gebaut wird und werden soll. In Bayern sind es oft Bergstationen und Ferienhäuser, bei denen sich Architekten gestalterisch auf neue Felder trauen und den Spagat zwischen Moderne und Bodenständigkeit wagen. Im Karwendelgebirge etwa blickt ein überdimensioniertes Fernrohr aus Stahl, Beton und Lärchenholz in die Berglandschaft. Was sagen die Naturschützer? Eher: Rückbauen, in Ruhe lassen. Reihe: »Neue alpine Architektur«, Folge 3 von 4. D 2016. ■ 3sat, 19.30 Uhr

■ **Coming home**

Im China der 1970er Jahre: Lu Yanshi ist für viele Jahre in einem Arbeitslager interniert. Nach dem Ende der Kulturrevolution will er zu Frau und Tochter zurückkehren. Doch die Jahre seiner Abwesenheit haben tiefe Wunden bei seinen Hinterbliebenen hinterlassen. Film von Zhang Yimou (»Hero«, »The Great Wall«) aus der VR China, 2014. ■ Arte, 20.15 Uhr



Ballerina Dan Dan (m.) träumt von der Hauptrolle im »Red Detachment of Women«: »Coming home«

■ **Dunja Hayali**

Klimapolitik und Seenotrettung

Der Kovorsitzende der Grünen, Robert Habeck, stellt sich der Kritik von Bürgern, die mit den Auswirkungen »grüner« Politik umgehen müssten: So spricht er mit einem Schweinebauern aus Niedersachsen und einer Beschäftigten eines Braunkohlekraftwerks aus der Lausitz. Außerdem: Auch in den vergangenen Monaten haben sich Tausende Menschen auf die gefährliche Flucht übers Mittelmeer nach Europa gemacht. Wieder sind Hunderte dabei ertrunken. Carola Rackete ist als Kapitänin der »Sea-Watch 3« zur prominentesten Vertreterin der privaten Seenotrettung

geworden. Ihr Engagement wird von vielen bewundert, stößt aber auch auf Hass. Hier ist sie zum ersten Mal zu Gast in einer Talkshow. ■ ZDF, 22.45 Uhr

■ **Shooting the Mafia**

In den 1970ern begann Letizia Battaglia als erste Fotojournalistin Italiens die brutalen Morde und den tiefgreifenden Einfluss der Mafia in Sizilien zu dokumentieren. Auch privat brach sie mit gesellschaftlichen Konventionen. Dieser Dokfilm erzählt die Emanzipationsgeschichte einer politisch denkenden und handelnden Frau. Der Staat hinkt bis heute hinterher. GB 2019. ■ Das Erste, 22.45 Uhr

Veranstaltungen

■ **»Klassenkampf in Afrika«**. Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Said Dudin, der über seine kürzlichen Gespräche in Sudan und Ägypten berichtet. Donnerstag, 8.8., 18 Uhr, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin. Veranstalter: »Mütter gegen den Krieg«

■ **»Höcke, hau ab!«** Der Vertreter des ultrarechten Flügels der AfD soll im Grimmaer Rathaus auftreten. Anreise von Leipzig nach Grimma zu Protesten, Freitag, 9.8., 16.45 Uhr, Hbf., Querbahnsteig, Gleis 19, Leipzig. Aufrufer: »Leipzig nimmt Platz«

■ **»OBOA – umsonst und draußen«**. Das Oderbruch-Open-Air – Konzerte, Workshops, Infoveranstaltungen. Unser gemeinnütziger Verein möchte einen Raum schaffen, in dem sich Menschen mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund, unterschiedlicher Nationalität und verschiedenen Alters austauschen können. Freitag, 9.8., ab 18 Uhr, bis Sonnabend, 10.8., Gorgast, Küstriner Vorland, RB 26, Richtung Kostrzyn bis Gorgast, fünf Minuten Fußweg zum Gelände. Zelten ist möglich. Motorisiert Anreisende zahlen eine Parkgebühr. Info: oboa.de

■ **»Tourstopp Plauen – Wann, wenn nicht jetzt«**. 2019 sind in Sachsen Kommunal- und Landtagswahlen. Wir haben gute Gründe, den Rechten die Stirn zu bieten. Theater: Die NSU-Monologe; Infostände lokaler und überregionaler Initiativen und Vereine, Podiumsdiskussion, Workshops, Musik u. v. m. Freitag bis Sonntag, 9.8.–11.8., Altmarkt und verschiedene Orte in Plauen. Info: guscheauf.jetzt

■ termine@jungewelt.de

junge Welt
Ladengalerie
 Galerie • Buchhandlung • Treffpunkt
 Torstraße 6 • 10119 Berlin
 Montag bis Donnerstag 12–18 Uhr, Freitag 10–14 Uhr
 www.jungewelt.de/ladengalerie

Klaus Müller
AUF ABWEGEN
 Von der Kunst der Ökonomen, sich selbst zu täuschen

Dienstag, 20. August 2019, 19 Uhr ■ Buchpremiere

Auf Abwegen – von der Kunst der Ökonomen, sich selbst zu täuschen

Buchpremiere mit dem Autor Klaus Müller

Was ist die an den heutigen Universitäten und Hochschulen gelehrt Nationalökonomie? Exakte Wissenschaft oder Auslegungssache? Eine Pseudolehre, ein Sammelsurium von Glaubenssätzen? Sie ist von allem etwas. Gewissheiten gibt es viele, Wahrheiten wenige. Alles ist umstritten: Ware, Wert, Arbeit, Geld, Profit, Preis ... Die Begriffe sind unterschiedlich, die Modelle einseitig, die Standpunkte unrückbar. Selbst wenn sie einmal Recht haben, irren Ökonomen – durchaus kein logischer Widerspruch. Ihre Theorien haben mit der Realität wenig zu tun. Sie sehen wollen. Klaus Müller setzt sich auseinander mit den Trugbildern und Wirrnissen einer Wirtschaftswissenschaft, die um ihr Selbstverständnis ringt.

Moderation: Daniel Bratanovic (jW)

Eintritt: 5 Euro/ermäßigt 3 Euro

Christin und Genossin

Zum 75. Todestag der antifaschistischen Widerstandskämpferin Maria Grollmuß. Die sorbische Kommunistin starb im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. **Von Peter Wittig**

Am 6. August 1944 wagen die Gefangenen des größten nazistischen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück (siehe jW vom 6.2.) eine außergewöhnliche Würdigung. Im Krankenrevier starb Häftling »Nr. 5364« Maria Grollmuß. Die Kameradinnen bahnen sie auf, plündern die akkuraten Rabatten vor den Baracken und bedecken die Tote mit Blumen. Grollmuß war Christin. Grollmuß war Genossin. Ihre Freundin und Kampfgefährtin Ruth Seydewitz nannte sie »die Volksfront in Person«. Grollmuß war Sorbin: Marja Grólmušec lautet ihr Name in der Sprache des kleinsten Slawenvolkes. Grollmuß war Internationalistin: Ihre polnischen, tschechischen und französischen Ravensbrücker Kameradinnen haben das bezeugt.

Ihr Vater, Sohn armer Leute aus dem sorbischen Radibor im sächsischen Landkreis Bautzen, ist Schuldirektor in Leipzig, als sie dort am 24. April 1896 geboren wird. Die Novemberrevolution ist ihr politisches Schlüsselereignis. Sie studiert – nach einem Umweg über das Lehrerseminar – Geschichte, Germanistik und Romanistik. Bald wird sie als politische Journalistin aktiv. Sie lernt Joseph Wirth kennen, 1921–22 Reichskanzler der Weimarer Republik, Architekt des Vertrages von Rapallo mit der späteren Sowjetunion, von seinen Gegnern »der rote Wirth« geschimpft, und arbeitet für ihn. In ihren Schriften »Die Frau und die junge Demokratie« (1925) und »Über die weibliche Form in der Politik« (1926) entwirft sie nichts Geringeres als den Ansatz zu einem feministischen Politikverständnis. 1929 wird sie nach langen, politisch motivierten Widerständen ihrer Gutachter zum Doktor der Philosophie promoviert.

Als Hilfskraft beim Arbeitsamt Berlin-Nordost sammelt sie soziale Erfahrungen. Nach dem »Blutmai« 1929 – die Polizei reagierte mit beispielloser Gewalt auf die Versuche einer Maidemonstration der KPD



In der DDR wurde 1959 eine Gedenkbriefmarke für Maria Grollmuß mit einer Auflage von 1,1 Millionen Stück herausgegeben

(siehe jW vom 29.4.) – tritt Grollmuß aus der SPD aus und in die KPD ein. Ein Dreivierteljahr später wird sie ausgeschlossen. Die Partei plant die Gründung einer separaten Gewerkschaft, das ist mit der engagierten Gewerkschafterin nicht zu machen; später wird Walter Ulbricht es einen Hauptfehler der Partei jener Jahre nennen. Unter dem Ausschluss leidet Grollmuß sehr. Für zwei Jahre ist die KPO (Kommunistische Partei / Opposition) ihre politische Heimat,

dann engagiert sie sich in der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei), einer Gründung junger Aktivisten mit der Vision, zwischen SPD und KPD im Sinne einer Einheitsfront zu vermitteln. Nach der Machtübernahme der Faschisten geht Grollmuß in die Illegalität und arbeitet innerhalb der »Revolutionären Sozialisten Deutschlands«. Für die *Roten Blätter* der Gruppe schreibt sie ihren letzten Artikel »Die neue revolutionäre Haltung«. Sein Kernsatz: »Es genügt nicht, die

Revolution zu bejahren, man muß sie durchführen, zum Siege führen.«

Doch wichtiger als zu schreiben ist ihr nun zu handeln. Vom heimatlichen Radibor aus macht sie Basisarbeit: als Kurierin, als Fluchthelferin, als Fürsorgerin, Geld sammelnd für Familien Verfolgter. Sie hilft jedem, der Hilfe braucht – ob Sozialist, ob Christ. Sie arbeitet dabei mit dem kommunistischen Widerstandskämpfer Paul Neck (Pawol Njek) in Bautzen ebenso eng zusammen wie mit dem Bischof von Meißen. 1934 wird sie verhaftet und vom »Volksgerichtshof« zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, die sie in Waldheim nördlich von Chemnitz verbüßt. Anschließend wird sie zur Gestapo transportiert und vor die Wahl gestellt: Zusammenarbeit oder KZ. Grollmuß verweigert die Kooperation.

In den Briefen aus Zuchthaus und Lager an ihre Schwester Cäcilia ist von Politik nicht mehr die Rede – Gefangenbriefe müssen die Zensur passieren. Umso nachdrücklicher schreibt Grollmuß von ihrem Glauben. Ihre Oster- und Pfingstvisionen sind voll Verachtung für fromme Innerlichkeit (»Ach wie klein und feige und spießig sind doch diese Westler, bei denen es nicht weiter reicht als bis zu dem kleinen Menschenangesicht der Seele«); sie sind Visionen von einem neuen »Angesicht der Erde«, Visionen von der Veränderung der Welt. Ihre Häftlingskameradin Felicia Panak berichtet über Maria Grollmuß: »Ihre Güte und ihr Verständnis für die menschlichen Schwächen und Fehler entsprangen ihrem Glauben an die Güte Gottes.« Mitgefangene Anni Sindermann erinnerte sich, »dass Maria zu den am klarsten denkenden Genossinnen gehörte, und es gab nie einen Zweifel an der Richtigkeit unseres Tuns.«

„ Es genügt nicht, die Revolution zu bejahren, man muß sie durchführen, zum Siege führen.“

Abwehrkampf in Ostdeutschland

Antifaschistisches Infoblatt mit Schwerpunkt zur Neonaziszene nach der Maueröffnung

Die Redaktion des *Antifaschistischen Infoblatts* (AIB) hat mit ihrer Sommerausgabe den Schwerpunkt auf die sich mit Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland organisierende Neonaziszene gelegt. Anlass ist der diesjährige 30. Jahrestag der Maueröffnung, gemeinhin als »Wende« bezeichnet. Mit dem Titel »Ostdeutschland ganz rechts – 1989/90 und die Folgen« bedient das AIB Nummer 123 jedoch das vorherrschende Klischee, wonach vor allem die »neuen Bundesländer« ein flächendeckendes Problem mit einer neuen Generation von Faschisten hatten bzw. haben.

Im Editorial kritisiert die AIB-Redaktion an der gängigen Erzählung von der »Zeitenwende«, dass die sogenannte Wende einen der Grundsteine gelegt habe für den Ausbruch rassistischer und pogromartiger Gewalt während der 90er Jahre auf dem Gebiet der DDR. Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern werden der AfD in Ostdeutschland in ak-

tuellen Wahlprognosen zwei- bis dreimal so hohe Stimmanteile in Aussicht gestellt. Vor diesem Hintergrund legt das vorliegende AIB-Heft zu Recht den Fokus auf die Entwicklungen in der rechten Szene infolge des Endes der DDR.

Die Thüringer Landtagsabgeordnete und Antifaaktivistin Katharina König-Preuss (Die Linke) schildert in ihrem Gastbeitrag »Klima der Angst – Die 1990er Jahre in Thüringen«, wie nicht die traditionellen rechten Parteien die rassistische Stimmung aufnahmen, »sondern randständige, radikale Neonazigruppen an Einfluss« gewonnen hätten. Diese seien durch das staatliche Jugendprogramm »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« zuerst als eigentlich unpolitische Jugendliche dargestellt worden, die im Rahmen von staatlicher Jugendarbeit betreut gehören. Diese entpolitisierte »Betreuung« und Deckung durch örtliche Stellen habe der Abgeordneten zu-

folge eine faschistische Jugendbewegung in Ostdeutschland gedeihen lassen, die bis heute in kleinstädtischen und dörflichen Regionen hegemonial agieren könne. Für engagierte Antifaschistinnen und Antifaschisten bieten die von König-Preuss in ihrem Artikel aufgeführten Tatsachen und Hintergründe jedoch wenig Neues.

Die Gruppe »Aufbruch Ost!« führt im gleichnamigen Text aus, wie der Abwehrkampf als solcher in den kleinstädtisch geprägten Regionen nicht nachhaltig gewirkt habe. »Es scheint fast so, als ob politische Radikalität zu einer subkulturellen und ästhetischen Kategorie geworden ist«, fürchten die Autoren. Sie fordern daher, »mehr Gesellschaft zu wagen«. »Wir wollen keinen Bogen um kollektive ostdeutsche Erfahrungen machen, sondern diese aufgreifen und mit progressiven linken Ideen in Verbindung bringen. Wir wollen die berechtigte Frustration und Kapitalismuskritik vieler Ostdeutscher aufgreifen und in Bewegung

setzen.« Als Antifaschisten wollen sie mit Menschen außerhalb ihres »Szenehorizontes« ins Gespräch kommen und so langfristig den Rechten das Wasser abgraben.

Mathias Wörsching stellt ein Projekt vor, mit dem die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) heute aktive Nachkommen von Widerstandskämpfern und Verfolgten zur Zeit der faschistischen Herrschaft miteinander vernetzen will. Im »Nachkommennetzwerk Berlin« soll der Austausch über die Frage, wie viel »Traumata und Ängste über die Generationen weitergegeben« wurden und bis heute wirksam sind, ermöglicht werden. **Felix Clay**

■ *Antifaschistisches Infoblatt*, Nr. 123: Ostdeutschland ganz rechts – 1989/90 und die Folgen. 64 Seiten, 3,50 Euro, Bezug: antifainfoblatt.de. Das Heft ist auch über den jW-Shop erhältlich, Telefon 030/53 63 53 57

Neonaziwebseiten vom Netz genommen



Hannover. Nachdem der IT-Dienstleister »Cloudflare« infolge der Aufarbeitung des Anschlags von El Paso (jW berichtete) die Zusammenarbeit mit der Internetplattform »8 Chan« gekündigt hatte, ist nun auch die Neonaziwebseite »The Daily Stormer« vom Netz gegangen. Dies berichtete das Nachrichtenportal *www.heise.de* am Dienstag. Demnach hatte Facebooks ehemaliger Sicherheitschef Alex Stamos (Foto) per Twitter darauf aufmerksam gemacht, dass »8 Chans« neuer Dienstleister wenig eigene Servertechnik einsetze, sondern seine Hardware beim Anbieter »Voxility« miete. Darauf angesprochen, habe »Voxility« rasch gehandelt und beiden Plattformen die Nutzung verweigert.

Die vor allem von Rassisten und Faschisten zur Vernetzung genutzte Internetplattform »8 Chan« ist bereits am Montag weitgehend vom Netz gegangen, wie das *Handelsblatt* (Onlineausgabe) berichtete. Die Plattform habe sich zu einer »Hasskloake« entwickelt, schrieb Firmencef Matthew Prince laut *Handelsblatt* in einem Blogbeitrag. Einer der Grundsätze von »8 Chan« ist, dass die Betreiber die von Nutzern veröffentlichten Inhalte nicht prüfen oder zensurieren. Dadurch ist die Plattform besonders für Rassisten und Neonazis attraktiv, die sich von herkömmlichen Diskussionsportalen verdrängt fühlen. (jW)

Deutsch-schwedische Rechtsrockkonzerte

Berlin. Im August gibt es zwei Konzerte, die offenbar von einem deutsch-schwedischen Rechtsrocknetzwerk ausgerichtet werden. Wie das Portal »Blick nach rechts« am Montag berichtete, soll es am 10. August von einer Gruppierung, die sich »Calmar Freikorps« nennt, ein RAC-Konzert (Rock Against Communism) geben, bei dem »Oidoxie« aus Dortmund als Headliner angekündigt wird. Bereits in den vergangenen beiden Jahren habe ein entsprechender Auftritt in der süd-schwedischen Region von Kalmar stattgefunden. »Oidoxie« um Sänger Marko Gottschalk wird dem internationalen militant-faschistischen Zusammenschluss »Combat 18« zugeordnet. Am 17. August sei dem Bericht zufolge ein »Sommerfest« im westfälischen Hamm geplant, für das ebenfalls einschlägige Rechtsrockgruppen angekündigt sind. Als Ort werde die Neonaziimmobilie mit dem Szenenamen »Zuchthaus« aus dem Umfeld von Anhängern der Partei »Die Rechte« benannt. (jW)

Fußball Vor Gericht

Bern. Die Schweizer Bundesanwaltschaft hat in der Affäre um die Vergabe der Fußball-WM 2006 Anklage gegen die früheren DFB-Funktionäre Theo Zwanziger, Wolfgang Niersbach und Horst R. Schmidt erhoben. Zwanziger und Schmidt sowie dem früheren FIFA-Generalsekretär Urs Linsi wird Betrug in Mithilfe der Schweizer Staatsanwaltschaft vorgeworfen. Niersbach wird die Gehilfenschaft zu Betrug angelastet, wie die Behörde am Dienstag mitteilte. Eingestellt wurde im Juli laut Bundesanwaltschaft das Verfahren wegen des Verdachts auf Geldwäsche. Die Beschuldigten haben die Vorwürfe stets zurückgewiesen. In dem Verfahren geht es um die weiterhin nicht geklärten Zahlungen von umgerechnet 6,7 Millionen Euro aus den Jahren 2002 und 2005. Das Verfahren gegen den damaligen WM-Organisationschef Franz Beckenbauer war im Juli abgetrennt worden. Als Grund nannte die Bundesanwaltschaft dessen Gesundheitszustand. (dpa/jw)

Fußball Unter Beobachtung

Chemnitz. Der Chemnitzer FC hat sich mit sofortiger Wirkung von seinem Kapitän Daniel Frahn wegen dessen Nähe zur Neonaziszene getrennt. Der aktuell verletzte Profi soll sich laut Vereinsmitteilung des CFC beim jüngsten Auswärtsspiel in Halle als »großer Sympathisant der rechtsradikalen und menschenverachtenden Gruppierung »Kaotic Chemnitz« herausgestellt haben. Frahn hatte während der 1:3-Niederlage seiner Mannschaft am Samstag im Gästeblock zwischen CFC-Fans gesessen, die der Neonaziszene zugeordnet werden. Der Chemnitzer FC steht spätestens seit Sommer 2018 selbst unter Beobachtung. Im Nachgang einer tödlichen Messerattacke war es in der sächsischen Stadt zu rechten Aufmärschen und Angriffen auf Ausländer gekommen. Diese sollen maßgeblich von Neonazihooligans des CFC mitorganisiert worden sein. (dpa/jw)

Radsport Aus Respekt

Warschau. Nach dem Tod des belgischen Radprofis Bjorg Lambrecht am Montag auf der dritten Etappe der Polen-Rundfahrt haben die Organisatoren das vierte Teilstück am Dienstag von Jaworzno nach Kocierz »aus Respekt« neutralisiert. Einen Tagessieger wird es nicht geben, das Ergebnis fließt auch nicht in die Gesamtwertung ein. Lambrecht war am Montag auf der dritten Etappe schwer gestürzt. In einem Krankenhaus in der polnischen Stadt Rybnik erlag er seinen Verletzungen. (sid/jw)

Die tollsten Geschichten werden, wie beim Berliner Fünftligisten Tennis Borussia, oft abseits des Fußballplatzes geschrieben. Das jüngste TeBe-Kapitel geht so: Am Mittwoch vergangener Woche wurde die Entmachtung von Klubchef Jens Redlich (38), der gleichzeitig Hauptsponsor ist, öffentlich gemacht. Auf der Vereinsseite war zu lesen: »Der Aufsichtsrat hat Günter Brombosch zum Vorstandsvorsitzenden und Steffen Friede zum Vorstand bestellt.« Brombosch ist Alt-Borusse, Friede war bis 2018 TeBe-Geschäftsstellenleiter. Weiter heißt es: Die Amtszeit des kommissarischen Vorstands Andreas Voigt habe mit der Mitgliederversammlung (MV) im Januar geendet, und, besonders pikant, Redlich sei vorzeitig zurückgetreten.

Redlich, obwohl in Urlaub in den USA, reagierte prompt via Facebook-Eintrag: »Es ist ein Putschversuch. Ich bin nicht zurückgetreten.« Das war nicht die einzige Reaktion: Nach Angaben des neuen Vorstands habe Voigt mit Begleitschutz mehrere Kartons mit Unterlagen aus der Geschäftsstelle entwendet. Die neuen Vorstände erstatteten Anzeige. Gerangel gab es auch um die virtuellen Vereinsmedien, mal waren die in der einen, mal in der anderen Hand. Wie im Wilden Westen, wenn es darum ging, ein Telegrafnamt zu besetzen. Der Facebook-Account ist weiterhin deaktiviert, die Administratorenrechte sind unklar, wie jw aus Vereinskreisen erfuhrt.

Der neubesetzte Vorstand stützt die behauptete Rücktrittserklärung Redlichs auf eine Mail vom 19. November 2018, die jw vorliegt. Redlich sagt darin: »Liebe Mitstreiter, hiermit trete ich als Vorstandsvorsitzender zurück.« Also doch kein Putsch? TeBe-Aufsichtsratsvorsitzende Franziska Hoffmann im jw-Gespräch: »Nein, gewiss nicht.« Es sei eine normale Bestellung des Vorstands gewesen, damit dieser handlungsfähig sei. Also, alles legitim? Hoffmann: »Ja, wir haben mehrere Anwälte konsultiert, unabhängig voneinander.«

Die Mail mit der Rücktrittserklärung Redlichs war bereits bekannt. »In mei-



»Ich bin offiziell noch im Amt. Wir haben das juristisch geprüft« (Jens Redlich)

»Es ist ein Putschversuch«

Tennis Borussia hat einen neuen Vorstand – der alte Vorstandsboss Jens Redlich wähnt sich weiterhin im Amt. **Von Oliver Rast**

nem Rechenschaftsbericht auf der MV habe ich sie erwähnt«, sagt Hoffmann, bloß: Warum wurden die neuen Vorstände nicht schon eher bestellt? »Herr Redlich erklärte bei seinem Rücktritt, bis Saisonende noch allen Parteien zur Verfügung zu stehen. Bestellt wurde der neue Vorstand deshalb zum Saisonanfang.« Einen Nachfolger zu finden ist natürlich nicht einfach. Dennoch: Eini- gende dürfte strittig bleiben.

Redlich war für jw nicht erreichbar. Im Tagesspiegel-Interview vom 4. August betonte er: »Ich bin offiziell noch als Vorstandsvorsitzender im Amt. Wir haben das juristisch geprüft.« Er habe damals seinen Rücktritt angeboten, der

sei aber nicht angenommen worden. Außerdem könne er nur über ein Amtsenthebungsverfahren seinen Posten verlieren.

Die vereinsinternen Querelen haben eine langen Vorlauf. Höhepunkt war die MV im Januar, bei der fünf Aufsichtsratsmandate neu vergeben wurden. Eine Farce aus Sicht aktiver Fans, Redlich soll im Stile eines Autokraten zahlreiche Neumitglieder rekrutiert haben, um seine Wunschkandidaten durchzudrücken. Fortan boykottierten TeBe-Fans die Spiele ihres Teams und tingelten als »Caravan of Love« zu befreundeten Klubs.

Als Hauptsponsor bleibt Redlich ein Machtfaktor. In der Geldgeberrolle

sei er immer zuverlässig gewesen, sagt Hoffmann. »Wir wollen die gleichen Ziele erreichen, jetzt in unterschiedlichen Positionen.« Bizarr war die Situation zum Saisonauftakt am vergangenen Sonntag beim Aufsteiger Tasmania 73. Redlich posierte an der Trainerbank mit den Ersatzspielern. Der gutbesuchte TeBe-Fanblock stand auf der Gegengeraden. Nach dem 4:2-Sieg von TeBe hüpfte Redlich im Mannschaftskreis am Anstoßpunkt mit.

Der neue Vorstand hat für den heutigen Mittwoch zum Mitgliederabend ins Casino im Mommsenstadion geladen. Kommt Redlich? Oder kommt er nicht?

Einmal golden, immer golden ■ Latin Lovers. Von André Dahlmeyer

Ein wunderschönen guten Morgen! Wir erinnern uns, wie Franz Beckenbauer 1990 in Rom nach dem Titelgewinn der deutschen Mannschaft der Presseleute in die Mikros diktierte, dass es ihm ja wirklich leid täte, aber mit den aus der DDR dazustößenden Kickern sei Deutschland wohl auf lange Sicht hin unschlagbar. Anschließend dauerte es allerdings 24 Jahre, bis von Großdeutschland wieder ein WM-Titel gefeiert werden konnte. Immerhin, 1996 machte sich sein Nachfolger Hans-Hubert Vogts auch als Trainer unsterblich, indem er, Matthias Sammer und Dieter Eilts (Upgant-Schott, Ostfriesland) sensationell die EM in England gewannen. Wie schwer das ist, sieht man auch daran, dass mittlerweile 23 Jahre verstrichen sind, ohne dass die deutsche Bundesrepublik diesen Erfolg wiederholen konnte.

Im argentinischen Fußball sieht es noch deprimierender aus. Der letzte

WM-Gewinn liegt bereits 33 Jahre zurück, und der letzte Titel überhaupt, der Gewinn der Copa América 1993 in Ecuador, ist auch schon 26 Jahre her. Ein halbes Menschenleben, denn die Guten sterben früh. Vergilbte Erinnerungen. Damals gewann die Truppe von Alfio »Coco« Basile das Finale im Estadio Monumental von Guayaquil gegen México durch zwei Tore von Gabriel Omar »Batigol« Batistuta Zilli mit 2:1. Es war der zweite reguläre Sieg der »Albiceleste« im Turnier, zuvor war nur Fußballschwergewicht Bolivien im Aufaktmatch mit 1:0 besiegt worden. Den Rest machte man im Elfmeterschießen geregelt.

Der erste Fußballweltmeister war 1930 Uruguay. Der erste Basketballweltmeister 1950 hieß Argentinien. Aktuell ist die Truppe im Umbruch. Die »Goldene Generation« der Gauchos ist in Rente gegangen. Sie betörte die Welt. 2001 Amerikameister, 2002 Vizeweltmeister, 2004 olympisches Gold bei

den Jahrhundertspielen in Athen. 2006 WM-Vierter, 2008 Bronze in Beijing und 2011 noch mal Amerikameister. Eine argentinische Erfolgsstory. Ich ertappte mich dabei, wie ich selbst Starschnitte erfand. Kein Zentimeter in meinem Domizil, der nicht mit weiß-hellblauen Basketball-Collagen vollgepropft war. Das Leben war schön. Man konnte sogar einen dazu heben, denn die aktive Zeit war seit Äonen vorbei. Der argentinische Fußball war interessant, der argentinische Basketball das Nonplusultra. Ich hasste es und hasse es, wenn dumpfpimpfige Heinis auf gedrucktem Papier darüber schwadronieren, dass die NBA die beste Liga der Welt sei. Denn das ist ja gar nicht wahr. Die NBA ist ein Event-Karzinom, und als solches verzichtbar. Wer richtigen Basketball sehen will, guckt nach Litauen, Rumänien, Serbien, Argentinien, Spanien, Griechenland, Italien, Türkei. Der Rest ist Dreck. Deutschland ist nach dem EM-Gewinn 1993 noch immer

nicht im 21. Jahrhundert angekommen. Ich habe kein Mitleid.

In Lima laufen noch bis zum Sonntag die 18. Panamerikanischen Spiele. Das letzte Mal, dass Argentinien im Basketball Gold holte, war 24 Jahre her. Damals, in Mar del Plata. Im Halbfinale am Samstag eliminierte die Truppe von Sergio Santos Hernández die USA mit 114:75! Angeführt von »Luifa« Scola, dem mit 39 Jahren letzten Überlebenden der »Generación Dorada« sowie Facundo Campazzo, Playmaker von Real Madrid. Gabriel Deck, Ex-San Lorenzo und heuer ebenfalls bei Real angestellt, steuerte 23 Punkte für das Gaucho-Quintett bei. Scola markierte 18 Punkte (davon zehn Freiwürfe), genau wie Aufbauspieler Nicolás Laprovittola (ebenfalls Real).

Das Finale am Sonntag gegen Puerto Rico (84:66) war dann eine Show von Käppt'n Scola (28 Punkte, neun Rebounds) und Campazzo (12 Assists und MVP). Einmal golden, immer golden.

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

junge Welt

Herausgeberin: Linke Presse Verlags- Förderungs- und Beteiligungsgenossenschaft junge Welt e. G.
(Infos unter www.jungewelt.de/lpg). Die überregionale Tageszeitung *junge Welt* erscheint in der Verlag 8. Mai GmbH.
Adresse von Genossenschaft, Verlag und Redaktion: Torstraße 6, 10119 Berlin
Geschäftsführung: Dietmar Koschmieder, Peter Borak (stellv.)
Chefredaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.), Michael Merz (stellv.), Sebastian Carls (stellv.)
Verlagsleiter: Andreas Hüllinghorst

ZENTRALE: 030/53 63 55-0
AKTION: 030/53 63 55-10
ANZEIGEN: 030/53 63 55-38
ABOSERVICE: 030/53 63 55-81/82
LADENGALERIE: 030/53 63 55-56

FAX: 030/53 63 55-44
E-MAIL: redaktion@jungewelt.de
INTERNET: www.jungewelt.de
facebook.com/jungewelt
twitter.com/jungewelt

Redaktion (Ressortleitung, Durchwahl):
Wirtschaft & Soziales: Simon Zeise (-30);
Außenpolitik: André Scheer (-70);
Innenpolitik: Nico Popp (-31);
Interview: Jan Greve (-34);
Feuilleton und Sport: Alexander Reich (-60);
Thema: Daniel Bratanovic (-65);
Leserpost: Jörg Tiedjen (-4/leserbriefe@jungewelt.de);
Bildredaktion: Nikolas Sisis (-40);
Herstellungsleitung/Layout: Michael Sommer (-45);
Online-Entwicklung: Daniel Hager (-25);

Aktion und Kommunikation: Katja Klüßendorf (-16);
Aktionsbüro: Christian Boldt (-61);
Archiv/W-Shop: Stefan Nitzsche (-37);
Anzeigen: Nora Walther (-28);
Vertrieb/Aboservice: Jonas Pohle (-82);
Ladengalerie: Michael Mäde (-56).
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Abonnements, Adressänderungen und Reklamationen:
Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin, Tel.: 030/53 63 55-81/82, Fax: -48. E-Mail: abo@jungewelt.de

Abopreise Print: Normalabo Inland mtl. 41,80 Euro; Sozialabo mtl. 29,80 Euro; Solidaritätsabo mtl. Euro 52,80; Abopreise Ausland (EU) wie Inland zzgl. 13,10 Euro/monat. Versandkostenzuschlag. Abopreise online: Normalabo Inland mtl. 19,80 Euro; Sozialabo mtl. 12,80 Euro; Solidaritätsabo mtl. 25,80 Euro; Onlineabo für Printabonnenten mtl. 5,80 Euro; für Abonnenten der Wochenendausgabe mtl. 7,80 Euro
Bankverbindung: Postbank, BIC: PBNKDEFF
Abokonto: IBAN: DE70 1001 0010 0634 8541 07
Anzeigenkonto: IBAN: DE81 1001 0010 0695 4951 08
Shop/Spendenkonto: IBAN: DE50 1001 0010 0695 6821 00

Druck: Union Druckerei Berlin Verwaltung GmbH. Art-Nr. 601302/ISSN 041-9373, Storkower Str. 129, 10407 Berlin | S + M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44A, 63303 Dreieich